

Bezugspreis: Wöchentlich 85 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg wöchentlich 1,20 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Einkauf und Kleinanzeigen“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Herzweil“ und der Fremdenbeilage „Fremdenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kernsprecher: Redaktion: Danhoff 292-295 Verlag: Danhoff 2506-2507

Donnerstag, den 14. Februar 1924

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direction der Dicksen-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Aufwertung und Mieten.

Keine Einigung der Parteien. — Entscheidung durch die Regierung.

Am Mittwoch nachmittag wurden die Verhandlungen zwischen den Parteien und der Reichsregierung wegen der dritten Steuernotverordnung fortgesetzt. Den Beratungen lag ein abgeänderter Entwurf der Reichsregierung vor. Die Verhandlungen dauerten bis in die späten Abendstunden, ohne daß jedoch ein endgültiges Ergebnis oder eine Einmütigkeit der Parteien erzielt wurde.

Man darf angesichts der Meinungsverschiedenheiten unter den Parteien und der Unmöglichkeit, im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit zustandzubringen, annehmen, daß die Reichsregierung den Entwurf der dritten Steuernotverordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen wird. Ihr Inhalt ist noch unbestimmt. Soviel kann aber bereits jetzt infolge des dauernden Nachgebens der Reichsregierung gegenüber den parteipolitischen und parteiatitischen Erwägungen gesagt werden: Die von ihr erlassene Verordnung wird nur eine unvollkommene, unbefriedigende und ungerechte Lösung bringen.

Der Gedanke der Besteuerung der Inflationsgewinne dürfte aller Voraussicht nach vollkommen ausgeschaltet werden. Lediglich die Mieter werden die Opfer der Steuerfucht der Regierung sein. An eine Vermögenswachsteuer, die der Lastfrage Rechnung trägt, daß erhebliche Kreise von Industrie, Landwirtschaft und Handel sich an dem allgemeinen Elend bereichert haben, wird nicht mehr gedacht. Der arme Mieter soll zu allen übrigen Lasten nun noch die Last aus einer sehr schnell sich steigenden Mietpreiserhöhung tragen, von der ein Teil Ländern und Gemeinden zusteht, ein anderer Teil aber den Hausbesitzern zum Geschenk dargebracht wird.

Die Stellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu dieser neuesten Tat der Reichsregierung wird in ihrer Sitzung am kommenden Dienstag Gegenstand ernster Beratungen sein. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion haben bei den Verhandlungen der letzten Tage ihre ganze Kraft aufgebracht, um die Absichten der Regierung und der bürgerlichen Parteien so zu beeinflussen, daß eine auch für die Masse der Bevölkerung erträgliche Lösung erzielt würde. Aber alle diese Bemühungen sind in den entscheidenden Punkten gescheitert. Reichsregierung und bürgerliche Parteien sind sich einig in der Bekämpfung der Besitzlosen und in der Abwälzung aller Lasten auf dem Wege der Mietpreiserhöhung auf die Masse der Bevölkerung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird deshalb am Dienstag die Entscheidung darüber treffen, ob sie die von der Regierung erlassene Verordnung aufzuheben beantragt.

Abbau der Republik.

Das Wirken der Lewald-Kommission.

Die Beamtenpolitik der Regierung nimmt eine Entwicklung, bei der man sich fragen muß, ob sie für die Reichsverwaltung noch erträglich ist. Wir haben bisher immer nur die sozialpolitische Seite des Abbaues besprochen. Wenn wir jetzt auf die politische zu sprechen kommen, müssen wir besonders der höheren Beamten gedenken, nicht etwa deshalb, weil wir nicht wissen, daß sie finanziell besser dastehen als die beiden anderen Beamtencategorien und die Arbeiter, oder weil wir übersehen, daß „auf Parteigeld gesetzt“ sein, immer noch besser ist, als ohne weiteres auf die Straße zu fliegen. Wir tun es, weil ihre psychologische Verfassung für den Gang der politischen Reichsverwaltung ausschlaggebend ist.

Der Verwaltungsbeamte arbeitet nicht für den Gewinn eines Unternehmers, sondern zum Wohle des ganzen Volkes. Darum sind diesen Beamten besondere Verpflichtungen auferlegt. Sie müssen aber auch, wenn sie ihre volle Arbeits- und Gestaltungskraft und ihre ganzen Kenntnisse in den Dienst des Volkes stellen sollen, um ihrer hohen Aufgabe willen eine Behandlung erfahren, die dieser Aufgabe würdig ist. Geschieht das nicht, so schämen sie automatisch ihre Aufgabe selbst geringer ein. Nun müssen die Beamten heute die Steuerfucht des Bürgertums schon mit erbärmlichen Gehältern büßen. Warum wird ihnen nun auch noch die Arbeitszeit verlängert und der Urlaub gekürzt, während gleichzeitig die vielen Sparkommissionen ihnen vorhalten, daß sie ungenügend beschäftigt seien? Ist das nur Schikane oder Liebesdienst dem Unternehmern? Durch die Abbauperordnung ist den Beamten außerdem jede Aufstiegsmöglichkeit genommen.

Das bedeutet, daß ihnen nicht nur die Aussicht auf eine Verbesserung ihrer Gehälter genommen ist, sondern auch der Weg zu einer interessanteren, wichtigeren, einflußreicheren Arbeit versperrt wird. Dazu kommt die Abbaudrohung. Auch hier schreckt nicht allein die finanzielle Verschlechterung, sondern auch die Gefahr, auf Jahre hinaus ohne Einfluß und Arbeit zu sein. Da nimmt es nicht wunder, wenn gegenwärtig in den Behörden mehr intrigiert als regiert wird.

Die Abbaufunktion zeigt dafür wenig Verständnis. In den ersten Wochen nach Inkrafttreten der Abbauperordnung sind schnell die wirklich Untauglichen oder wenig Beschäftigten von ihren Vorgesetzten abgebaut worden. Jetzt führt der Chor der Nachgebter, die drei von Sozialdemokraten wegen ihrer reaktionären Gesinnung in den Ruhestand verletzten Staatssekretäre Lewald, Busch, von Weiser, den politischen Kampf. Ihre Mitarbeiter, alte Verwaltungsbeamten zum Teil der Heeresverwaltung, sind ihres Besten. In jedem Ministerium sieht einer, was wohl auch eine Sparmaßnahme ist. Die Abbaufunktion zeigt sich immer deutlicher bestrebt, den Staat auf die allermodernsten Verwaltungsaufgaben zurückzuführen. Sie hegt die sogar schon in weiten Kreisen des Bürgertums überwandene „Nachwächteridee“ vor. Staat, die entgegengesetzt ist der unseren, da wir, um es wieder mit Passalunghen Worten zu sagen, als Aufgabe des Staats ansehen, „die Kultur, deren das Menschengeschlecht fähig ist, zum wirklichen Dasein zu gestalten“. Mit anderen und einfacheren Worten, wir glauben, daß der Staat bestimmte Aufgaben zu erfüllen hat auf dem Gebiet der Sozialpolitik, der Kontrolle der Wirtschaft und der Volkserziehung zum Beispiel. Die Weiterführung namentlich der beiden letzten Aufgaben spielen gegenüber dem Gesamteintat überhand; keine Rolle, haben aber für die Gesundheit und geistige Entwicklung des Volkes große Bedeutung. Daß die Sozialpolitik unentbehrlich ist, brauchen wir wohl nicht erst auszuführen. Und dann schreibt doch die Weimarer Verfassung dem Reich die Erfüllung dieser Aufgaben in ganz bestimmtem Umfang zu. Das allerdings scheint Herr Lewald nicht zu wissen. Er hat sie nie gelesen, oder glaubt er, er dürfe auch sie abbauen. Das Bestreben der Abbaufunktion, die Kultur- und Sozialpolitik des Reichs zu vernichten, zeigt, daß der Abbau jetzt zur politischen Angelegenheit wird. Und als solche ist nicht mehr von drei ausgedienten Staatssekretären zu lösen.

In dem Stinnes-Organ, der D.Z., forderte unlängst Geheimrat Pfundner, der lange vor der Abbauperiode von der Außenhandelsstelle für Papier in die Papierindustrie wechselnden Abbau aller staatlichen Einrichtungen, an denen die Sozialdemokratie interessiert ist, und aller sozialdemokratische Beamten. Folgt Lewald schon der ersten Forderung, so auf der zweiten. Er hat zwar neulich in der Presse abgestritten, daß er Namen von Beamten nennt, und behauptet, er nenne nur die abzubauenen Aufgaben. Wir wissen, daß das weder für ihn, noch für seine Mitarbeiter zutrifft. Wir wissen auch, daß zufällig alle die Aufgaben „überflüssig“ werden, die Sozialdemokraten bearbeiten. Und wir wissen ferner, daß Sitzung über Sitzung veranstaltet wird, um die letzten sozialdemokratischen Beamten in leitender Stellung der Reichsverwaltung zu „sparen“. Wir werden uns nicht scheuen, zu gegebener Zeit auch einmal die Mittel bekanntzugeben, mit denen man arbeitet.

Londoner Programmdebatte.

London, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Unterhaus hat heute auf den Vorschlag Macdonalds den Abg. Robert Young (Soz.) zum Vizepräsidenten gewählt.

Macdonald erklärte auf eine Anfrage über die Separatisten in der Bfalz sowie über die Verwirklichung des Ruhrgebets, seit die Arbeiterregierung am Ruder sei, seien in diesen beiden Fragen ernsthafte Fortschritte zu verzeichnen.

Darauf begann die Debatte über die Programmführung Macdonalds. Baldwin, der Führer der Konservativen und gewesene Ministerpräsident, erklärte, daß unter den gegenwärtigen Umständen er keinerlei Fragen erheben werde, die die Pflichten der Regierung bezüglich des Verhältnisses zu Frankreich erschweren könnten. Die Opposition habe mit Genugtuung festgestellt, daß die jetzige Regierung, sobald sie die Verantwortung übernommen habe, die Politik fortsetze, die von der vorhergehenden Regierung und ihrer Vorgängerin betrieben worden sei. Er hoffe, daß die Arbeiterregierung mehr Erfolg dabei haben werde. Die Anerkennung Rußlands sei eine äußerst schwierige Frage; England habe friedliche Beziehungen mit einer Regierung herzustellen, deren Ideale seinen eigenen entgegengesetzt seien.

Baldwin erinnerte an die Versicherung Sinowjews: „Wir werden Macdonald unterstützen, wie ein Seil den Gehenden unterstützt“, er fragt, was genau unter „Sowjetunion“ zu verstehen sei, welches ihr Gebiet sei und mit wem man in Wirklichkeit Vereinbarungen schließen werde.

Asquith, der Führer der Liberalen, erklärte, die meisten der inneren Programmpunkte der Arbeiterregierung könne man auch in den Wahlprogrammen der Opposition finden.

Clynes, der nach Asquith sprach, erklärte, wenn die Entschlüsse der Reichskonferenz erörtert würden, werde die Regierung nicht dem Haus Gelegenheit geben, seine Ansicht auszubringen, sondern die Regierung werde die Gelegenheit ergreifen, ihre eigene Ansicht über die Entschlüsse bekanntzugeben. Er fuhr fort: Die Regierung könne an keine Frage, wie die Vermögensabgabe heranzutreiben unter Bedingungen, wie sie jetzt vorliegen, daß nämlich keine nationale Bewegung für einen Plan dieser Art erteilt worden ist. Clynes fuhr fort, die Arbeiterpartei sei in keiner Weise mit Bezug auf die politische Auffassung, Methode oder den politischen Grundsatz mit der Sowjetregierung verwandt. England könne es sich jedoch nicht leisten, Rußland als etwas Fremdartiges länger zu behandeln, welches in keiner Weise eine derartige Anerkennung verdiene. Der Premierminister habe keine Absicht, Rußland in der Kreditfrage anders als andere Länder zu behandeln.

Kenworthy frugte an, ob die Regierung beabsichtige, neue Ausgaben für Kriegschiffbau in Singapore anzufordern. Der Parlamentssekretär der Admiralität, Kemmon, erwiderte: Bis der gesamte Plan durch die Regierung geprüft worden sei, werden keine derartigen Ausgaben erfolgen. Die Beamten in Singapore seien angewiesen, keine neue Verpflichtungen einzugehen.

Die Oberhausdebatte.

London, 13. Februar. (W.Z.) Im weiteren Verlauf seiner Rede sagte Curzon: Englands Haltung bezüglich der Zulassung Deutschlands sei stets dieselbe gewesen und dahin gegangen, daß der Völkerbund niemals eine wirkliche Funktion ausüben könne, wenn nicht Deutschland eingeschlossen wird. Curzon, der in diesem Zusammenhang die Anerkennung der Sowjetregierung ohne Sicherheit als den größten Fehler der Welt bezeichnete, schloß, soweit sich die neue Regierung im Geiste der Rede Holdans den

beiden großen Problemen des europäischen Friedens und der Erholung der industriellen und wirtschaftlichen Wohlfahrt Englands zuwenden, könne sie auf Unterstützung rechnen, aber deren Art und Maß würde von ihren Handlungen abhängen.

Lord Grey erklärte: Seine Stellung gegenüber der jetzigen Regierung sei genau dieselbe wie gegenüber der früheren. Die auswärtigen Hauptprobleme seien noch ungelöst. Ohne ein Zusammenwirken zwischen Großbritannien und Frankreich könnten die europäischen Schwierigkeiten nicht beseitigt werden. Die nächste Aufgabe sei, die englische und die französische Auffassung miteinander zu versöhnen, und das könne nur gelingen durch größtes Wohlwollen, durch Einsicht und Mäßigkeit auf beiden Seiten. Soweit aus der Presse hervorgehe, bestehe gegenwärtig auf französischer Seite eine größere Reizung als bisher, zu versuchen, die miteinander im Widerspruch stehenden Tendenzen in den englisch-französischen Beziehungen zu verbessern, und die von der neuen britischen Regierung geführte Sprache (sine dazu angetan zu sein, diese Bereitschaft auszusprechen. Grey, der die Regierung zu dem beglückwünschte, was sie bisher in dieser Frage getan habe, und seiner Hoffnung Ausdruck gab, daß sie diese Politik fortsetzen werde, führte dann aus, die Aufgabe der neuen Regierung sei, den Völkerbund zu einer Wirklichkeit zu machen, daß er das Gefühl allgemeiner Sicherheit erzeuge, dessen Fehlen die Nationen zu einem Ausbruch ihrer militärischen Rüstungen veranlasse. Man dürfe keine Gelegenheit versäumen, anderen Nationen zum Ausdruck zu bringen, daß

nur durch Annahme der Völkerbundsstatut ein wirkliches und berufliches Zusammenwirken

zwischen ihnen und der britischen Regierung möglich sein werde. Er legte weiter: er glaube nicht, daß England irgendein Opfer gebracht habe, indem es die Sowjetregierung anerkannte, er glaube vielmehr, daß dadurch die Verhandlungen über die Bedingungen, die erzielt werden müßten, erleichtert würden; gewiß müßte, bevor irgendwelche Begünstigungen aus der de-jure-Anerkennung entstehen, eine sehr strikte Vereinbarung erfolgen. Die de-jure-Anerkennung dürfe nicht einseitig sein, es müsse auch eine de-jure-Anerkennung der britischen Regierung durch die Sowjetregierung erfolgen, nämlich, daß sich die Sowjetregierung der Propaganda und Einmischung enthalte, es müsse klar sein, daß, wenn nach der de-jure-Anerkennung die Propaganda fortbauern und etwa der Bolschewisten Rußlands sich an Handlungen gegen die britische Verfassung beteiligen sollte, er das Land binnen 24 Stunden zu verlassen haben werde. Wenn die Regierung die Absicht haben sollte, Rußland Kredit zu Wiederherstellung der Erzeugungskraft zu erteilen, so werde sie sich hoffentlich vorher Sicherheit verschaffen, daß alle Unterstellungen für die Entwicklung des Handels benutzt werden.

London, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Lord Parmoor, der Vertreter Englands im Völkerbundrat, erklärte, daß die Außenpolitik auf dem Völkerbund beruhen müsse.

Die Abrüstungsfrage

müsse ständig im Auge behalten werden. Je näher man der Abrüstung komme, desto größer sei die Wahrscheinlichkeit des Erfolges des Völkerbundes. Die englische Regierung würde den Antrag auf Abrüstung, der von Lord Cecil, dem bisherigen englischen Vertreter im Völkerbundrat, eingebracht worden sei, mit großer Sympathie und Sympathie in Betracht ziehen. Was Rußland betreffe, erklärte Lord Parmoor, daß es besser sei, vom freundschaftlichen Standpunkt aus die Erörterung der russischen Frage zu beginnen und dann eine Überwindung der Schwierigkeiten zu versuchen.

Wohlfahrt Pfundner will nach seinem erwähnten Aufsatze auch wissen, wie viel sozialdemokratische Beamte nach der Revolution in die Ministerien gekommen sind. Man stelle das fest! Wir fürchten uns nicht. Im Gegenteil! Es sind wohl in keinem mehr als drei bis fünf vorhanden, aber in manchen weniger als einer! Und wir sollten doch meinen, daß in der deutschen Republik die größte Partei und Vertreterin der Arbeiterinteressen auch den Anspruch habe, in der Verwaltung vertreten zu sein! Herr Bewald freilich scheint zu denken, er sei berufen, die Beamtenpolitik des Kaiserreichs gegen die Sozialdemokratie fortzusetzen!

Wir fordern demgegenüber von der Reichsregierung, daß sie ihre Beamtenpolitik umstellt, damit in der Beamtenschaft wieder Ruhe und Arbeitsfreudigkeit einkehre. Und wir verlangen, daß unter ihrer Verantwortung ein Plan zur Vereinfachung der Verwaltung im Reich zum Reichstag vorgelegt werde, damit nicht von einem Konsortium entlassener Staatssekretäre, genannt Abbaufunktion, Sozial- und Kulturpolitik des Reichs abgebaut wird. Will man ernstlich sparen, dann bause man den Belagerungsstand, den bayerischen Staatskommissar und den neubewilligten bayerischen Reichspoststaatssekretär und dergleichen überflüssige Dinge ab.

Die Beamtenschaft aber sollte sich klar darüber sein, daß ihre zukünftigen Arbeitsbedingungen, namentlich ihre Arbeitszeit, vom Ausgang der Wahlen abhängig sind!

Die Abreise der Sachverständigen.

Auch der erste Sachverständigenausschuss hat am Mittwoch seine Tätigkeit in Berlin beendet und Deutschland verlassen. Der Beginn der Pariser Verhandlungen ist auf den 19. Februar festgesetzt. Bis dahin wird sehr wahrscheinlich die Mehrzahl der Delegierten sich mit ihren Regierungen in Verbindung setzen. In den Pariser Verhandlungen nimmt auch Reichsbankpräsident Dr. Schacht teil, der bereits am 15. Februar nach Paris fahren wird.

Die Aufgabe der Ausschüsse in Berlin erstreckte sich in der Hauptsache auf die Untersuchung der Möglichkeit, das tote deutsche Kapital aus dem Auslande nach Deutschland zurückzuführen und auf die Förderung der Frage, eine Goldnotenbank für Deutschland zu errichten. Angenehm berührt, im Gegensatz zu anderen Sachverständigenausschüssen, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, die positive Betonung ganz bestimmter Aufgaben. Selbstverständlich müßten die Erörterungen der Ausschüsse in eine Untersuchung der Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit münden, wobei deren Reduzierung durch die Ruhrbesetzung ganz von selbst in den Vordergrund trat. Man kann den Kommissionen nachrühmen, daß sie ihre Aufgabe durchaus objektiv erledigt und gewisse politische Direktiven, die sich zeitweise in den Verhandlungen auswirken versuchten, abgelehnt haben. Sicherlich ist auf diese Einstellung das positive Ergebnis ihrer Tätigkeit zurückzuführen. Das gilt vor allem für das Projekt einer allgemeinen deutschen Währungsbank, durch die man auch das wichtige Problem der Kapitalrückführung nach Deutschland auf natürlichem Wege zu lösen gedenkt. Von allen Deutschen, die mit den Sachverständigen in Verbindung traten, wird die Unparteilichkeit der Experten, besonders die der Amerikaner, anerkannt. Sie kommt z. B. darin zum Ausdruck, daß die Sachverständigen die wichtige Geldpolitik, auch bei Beteiligung ausländischer Kapitals an einer deutschen Währungsbank, Deutschland völlig überlassen sehen wollen.

Trotzdem hat man sich in den maßgebenden deutschen Kreisen keinem Optimismus und keiner Illusion über die Tätigkeit der Ausschüsse hingegeben, da man wußte, daß die letzte Entscheidung bei der Reparationskommission liegt. Das bedeutet keine Unterschätzung der Arbeiten der Sachverständigen. Praktisch erhofft man vorläufig von dem Ergebnis der Berliner Ausschüsseberatungen eine beschleunigte Durchführung des schiefen Goldnotenbankprojektes.

Ein Mitarbeiter der „Telegraphen-Union“ hatte gestern, Mittwoch, eine Unterredung mit einem amerikanischen Mitglied des Sachverständigenausschusses. Er fragte:

Welchen Eindruck haben Sie von der deutschen Regierung und denjenigen deutschen Persönlichkeiten, mit denen Sie offiziell in Verbindung treten, gewonnen, und glauben Sie, daß sich die Reparationskommission dem Spruch Ihres Komitees fügen wird?

Nach einigen Überlegen antwortete der Sachverständige fast wörtlich: „Die Kommission hat den allerbesten Eindruck von sämtlichen offiziellen und inoffiziellen deutschen Persönlichkeiten, mit denen Sie in Verbindung trat, gewonnen. Jede gewünschte Information wurde trotz großer technischer Schwierigkeiten mit größtmöglicher Beschleunigung besorgt. Wir sind in der Tat mit unserem Ergebnis außerordentlich zufrieden, und ich möchte beim Verlassen Deutschlands nicht verhehlen, noch einmal auf den hervorragenden Geist hinzuweisen, der die Arbeiten der deutschen und alliierten Unterhändler befeuert hat. Alle Gerüchte von einer deutschen Sabotage sind ebenso unilugig wie die Verdungen, die von einer angeblichen Meinungsverschiedenheit oder sogar „Hochspannung“ innerhalb der Kommission wissen wollen. Sie werden verstehen, daß ich mich über nähere Einzelheiten unseres bisherigen Ergebnisses nicht auslassen kann. Unser Goldnotenbank-Projekt stellt natürlich nur einen geringen Teil unseres Berichtes dar, ebenso wie unsere Untersuchungen über die deutsche Reichsbahn, die wir natürlich nur als einheitliches Ganzes behandeln können.“

Und nun zu Ihrer zweiten Frage. Die Kommission wird ihren Bericht an die Reparationskommission erhalten aus dem einfachen Grunde, weil eben die Reparationskommission das Sachverständigenkomitee ernannt hat. Aber ich glaube, daß unsere Kommission nicht umhin können, ihren Bericht in demselben Augenblick, in dem sie ihn der Reparationskommission unterbreitet, der gesamten Öffentlichkeit zu übergeben; denn die ganze Welt wartet auf unseren Bericht und die gesamte öffentliche Meinung der Welt wird letzten Endes den endgültigen Schiedspruch fällen.“

Als der Ausfrager daraufhin einwendete, daß wir Deutschen infolge der Stellungnahme einer gewissen Macht schon einmal um die Früchte des Ergebnisses früherer Untersuchungen hervorragender Sachverständiger gebracht worden sind, erhielt er zur Antwort: „Ja, ich weiß. Auch trotzdem glaube ich nicht, daß es irgendeine Macht der Welt wagen werde, sich durch Ignorierung unseres Berichtes ein „blaues Auge“ und den Tadel der gesamten zivilisierten Welt zu holen.“

Folgen des Flaggenzwischenfalls.

Ein Telegramm des Reichspräsidenten.

General Allen hatte am 9. Februar aus New York ein Telegramm an den Reichspräsidenten geschickt, in dem darauf hingewiesen wurde, daß der Flaggenzwischenfall in Washington anlässlich des Todes des früheren Präsidenten Wilson eine äußerst schädliche Pressepolemik sowohl in Amerika als auch in Deutschland hervorgerufen hätte. Auszüge aus deutschen Zeitungen würden nach Amerika telegraphiert und übten eine verhängnisvolle Wirkung auf das amerikanische Hilfswort für deutsche Kinder aus. Daraufhin hat der Reichspräsident folgendes Antworttelegramm an den General Allen geschickt:

„Wie mir Ihr Telegramm zu meinem lebhaften Bedauern bestätigt, hat es in den Vereinigten Staaten zu beklagenswerten Mißverständnissen geführt, daß die Frage auf der deutschen Volksfront in Washington nicht schon auf die erste Nachricht vom Ableben des früheren Präsidenten Wilson, sondern erst am Tage seiner Beisetzung auf halbem Wege geholt worden ist. Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen zu versichern, daß das deutsche Volk an der nationalen Trauer des amerikanischen Volkes, dessen hochherzige Liebestätigkeit zur Linderung der Not in Deutschland hier niemals vergessen werden wird, den aufrichtigsten Anteil nimmt.“

Der Ruf nach den Schutzzöllen.

Breslau, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Ruf nach agrarischen Schutzzöllen findet im schlesischen Zentrum unter dem Eindruck der letzten Wahlergebnisse im Reich und der verschärften demagogischen Agitation bereits volle Unterstützung. In der „Schlesischen Volkszeitung“ erklärt am

Mittwoch ein maßgebender Führer der niederschlesischen Zentrumspartei den Schutz des deutschen Bauern gegen die Einfuhr von russischem, polnischem und rumänischem Getreide für ein Gebot des Christentums. (?) Wenn die deutsche Landwirtschaft den Schutz Zoll verlange, werde die Zentrumspartei sich geschlossen hinter diese Forderung stellen. Die Landwirte müßten andererseits bedenken, daß ohne die Unterstützung des Zentrums die Rechtsparteien allein den landwirtschaftlichen Schutz Zoll wohl kaum durchsetzen würden, und als Gegengabe ihren Frieden mit dem Zentrum machen.

Die Feme im Freikorps Oberland.

Ermittlungsverfahren gegen Kiefer und Ruge.

In dem Ermittlungsverfahren gegen den Handlungsgehilfen Fritz Boer aus Berlin wegen Ermordung des Feldwebels Samson vom Freikorps Oberland, das den Untersuchungsrichter beim Landgericht Reife seit Ende 1921 beschäftigt ist, wie einer Berliner Gerichts-Korrespondenz gedruckt wird, eine neue Wendung eingetreten. Boer hatte im Juni 1921 den Feldwebel Samson, dessen genauer Name nicht feststeht, unter den Augen einer Begleitmannschaft, die allerdings etwas zurückgeblieben war, am Rande eines Waldchens bei Ziegenhals erschossen. Die Tat selbst gab Boer zu, behauptete aber, daß er, der damals ebenfalls beim Grenzschutz Oberland eingesetzt war, auf höhere Befehl gehandelt habe. Boer will nur den Auftrag des Stabsgerichts ausgeführt haben und der Vollstrecker des gegen Samson erlassenen Todesurteils wegen Verrates gewesen sein. Als Mitglieder des Stabsgerichts hatte er den Hauptmann Kiefer als Vorsitzenden und den Privatdozenten Dr. Arnold Ruge alias Prof. Berger benannt. Diese und andere von Boer benannte Persönlichkeiten hatten die Angaben des Angeklagten als unzuverlässig bezeichnet und die Existenz eines Stabsgerichts in Würde gestützt. Inzwischen hatte das Justizministerium die Akten eingefordert. Diese sind jetzt an den Untersuchungsrichter in Reife mit der Anweisung an den Oberstaatsanwalt zurückgegangen, das Ermittlungsverfahren auch auf den damaligen Hauptmann Kiefer, Privatdozent Dr. Ruge und alle anderen etwa in Frage kommenden Persönlichkeiten auszudehnen.

Die Vorgänge in der Pfalz.

III. meldet: Aus Zweibrücken zogen die Separatisten unter dem Eindruck der Vorgänge in Pirmasens heute früh in aller Stille ab. Auch Waldmohr bei Kusel haben sie bei Nacht und Nebel heimlich verlassen. In Landau hat der französische Bezirksdelegierte den Separatisten den Befehl zugehen lassen, daß sie nichts mehr unternehmen dürfen.

Wie III. meldet, ist über Pirmasens der Belagerungszustand verhängt worden; die „Pirmasenser Zeitung“ wurde verboten. Während der Kämpfe wurden zwei Einwohner und ein Separatist getötet, fünf Schutzleute verwundet. Es hat den Anschein, als ob in der ganzen Pfalz eine Bewegung einsetzt, um die Separatisten überall da, wo sie noch nicht freiwillig abgezogen sind, aus dem Lande zu verjagen. Auf Kaiserstuhl sind aus den umliegenden Orten größere Menschenmengen im Anmarsch.

Eingreifen der Rheinlandkommission.

Brüssel, 13. Februar. (III.) Die Agence Belge meldet aus Koblenz: Die Rüksicht auf die Unruhen in der Pfalz hat die Rheinlandkommission einen aus einem französischen, einem belgischen und einem englischen Offizier bestehenden Sonderausschuss beauftragt, sich in die Pfalz zu begeben, um die zur Wiederherstellung der Ordnung nötigen Maßnahmen zu erwägen und zu treffen. Dieser Ausschuss soll gleichzeitig zwecks Erfüllung seiner Aufgabe mit dem Pfälzischen Kreistag und dem militärischen Oberkommando in Verbindung bleiben.

Der Posten des Dresdener Polizeipräsidenten, der bisher auf Anordnung des Wehrkreiskommandos nur provisorisch besetzt war, soll demnächst endgültig neu besetzt werden. Es verlautet, daß als Nachfolger des gegenwärtigen Präsidenten Puzger, der der Deutschen Volkspartei angehört, der Reichstagsabgeordnete Genosse Meier-Zwizdau in Betracht kommt.

Aber abseits, wer ist's?

Konzertumschau von Kurt Singer.

Dieses Wort aus Goethes „Harzreise“ geht werdend durch unseren Kopf, wenn Hurlwängler das Wort klingen läßt. An Brahmscher Einsamkeit feiert seine immense Musikalität, sein Herz und seine Begeisterungsfähigkeit höchsten Triumph. Hier ist er ganz verfehlt, ganz Herr und Diener der Musik zugleich. Daß ihn der Respekt vor der Kunst niemals verläßt, braucht kaum erwähnt zu werden, wenn ein anderer abseitiger Brahms-Aberd, von John Petersen inszeniert, nicht etwas anderes als Respekt vertriebe. Die „Ränie“ für Chor, Klavier, Harfe und Hörner, ebenso das „Schlaflied“ — das ist geschmacklos und unerlaubt. Wenn es nicht zum Orchester reicht, dann eben Klavierbegleitung, und nichts dazu, keine eigene Rasche oder Aufmachung! Sparen ist gut, aber nicht auf Kosten von musikalischen Kostbarkeiten. Sonst ist es schon besser, man baut das ganze Konzert ab.

Der Name Brahms verband diese beiden Dirigentenamen, sonst wahrhaftig nichts. Im übrigen scheint Brudner 1924 Trumpf zu werden. Und das ist gefährlich, wie die Besteigung eines Berggipfels mit Packschuhen. Wer mit Haut und Haaren, Seele und Ohr, Technik und Gefühl auf die Atonalität, auf das modern-rhythmische Phantasiespiel aller jungen Welt eingestrichelt ist, der lasse nicht frivolo an ein hochragendes Heiligum, das zehn fest verschlossene Türen eisenhart umgelen. Dies sei eine Warnung an die Alzu-Vielen, Alzu-Geschäftigen. Busch allerdings darf es langsam wagen, die Musik der 9. Sinfonie aus der Ueberirdischen in die Wirklichkeit zu überführen. Klaus Frickeheim dürfte es nicht. Sein Mahler-Influs doggen runder sich allmählich wirklich zu einem Bekenntnis hoher musikalischer Kultur. Auch der Versuch, im „Lied von der Erde“ die All-Partie von einem Baritonisten führen zu lassen, erweist sich als sehr glücklich, besonders wenn dieser Sänger ein Ausdrucksstärker vom Rufe Rehtempers ist. Dem schlichten Tenor Dworsky hört man willig zu. Nur sollte er lernen, innere Ruhe auch im schnellen Tempo zu wahren, zumal Frickeheim sich nicht zu ruhigeren Zeilmäßen zwingen läßt. Das Festkonzert der „Gesellschaft zur Förderung der kirchlichen Tonkunst“ brachte, abseits vom Weg, eine Lat, nämlich die Berliner Erstaufführung der „Acht Tische“ von 1890, 60 Jahre nach ihrem Entstehen. Der kleine Bass- und Chor der Hedwigskirche sang das zwischen vierer Führung und starker Erhellung schwebende Meisterwerk nicht nur in vollendeter Sauterlei, sondern auch so klar, so befeuert, so aus gottesdienstlicher Stimmung heraus, daß auch Ungläubiger der Partitur ebenmäßig, erfindend Gedankenspiele noch großartig klarg. Das Werk muß mit seiner Betonung des liturgischen Gedankens in der Kirche am stärksten bewegen. Auf diese Bedeutung und Verwendung hin nach Plus Kalt, der überzeugende, überlegene und künstlerisch durchdrungener Leiter, der Aufführung, das Werk auch einstudiert haben. Dem konzertmäßigen Vortrag entspräche sonst ein längeres Verweilen auf und nach Formaten, ein schnelleres Sforzato und Fortissimo der Chorenführer, ein Schmelzen in den kleinen sinfonischen Ziffern- und Erleichterungen besser. Hätte der Soloführer engelhaftes Timbre gehabt, so wäre auch das Abösen vom Chor und Einzelsimmen vollendet gewesen. Trotz allem: eine Lat. Die Messe

dorf nicht mehr aus der Berliner Musikatmosphäre verschwinden, und Plus Kalt darf stolz sein, ein Werk der Liebe so liebend, so glänzend herausgebracht zu haben.

Nicht ohne Mißgefühl lehrt man von der Abschlüßigkeit, der man ein beglücktes „Ja“ zurufen muß zurück zur bunten Diesseitigkeit, der gegenüber ein „Welleicht“ Lodes genug ist. Das Roth-Quartett wird als genietisch geprielt. Vorsicht, es scheint mir nur hochbegabte-einseitig. Mendelssohns Es-Dur-Quartett verliert in zagen, unsinnlichem Anpöden an klingendem Reiz, an Amuf, an Schmäh. Das Streichquartett von Hure brachte dieser Rathhri gegenüber eine Erleuchtung, soweit es die Hingabe und die Fähigkeit der Spielenden betrifft; hier wurde aus vier Stimmen eine noble, sinnlich geübte Einstimmigkeit. Aber wach ein schwaches Werk. Primgeige und Cello viel zu oft in Oktaven gehend, die Mittelstimmen voller banaler Floskeln, das Andante larmoyant, fäuselnd, dickflüssig, erst zum Schluß hin wirklich singend (zu einem fettenen Pizzicato der anderen Streicher), das heiter genante Allegro nur oberflächlich leichtgewogen, ohne herzliche Einfachheit, mit herlich wenig Einsatz. Drei Orchesterwerke von Petekos: eins („La Madonna“) sicher nur vom Klavier her instrumentiert, die beiden anderen äppig und farblos im Wagnerischen Orchestergerund, dabei auch textlich stark erfüllt, im Gesamtspiel nicht sehr neu, nicht ganz oft. Käthe Fetter hat nicht (noch nicht) den großen hymnischen Auffassung für solche Heroinnenstücke; ihre sympathische Sopranstimme weist sie an das Klavierlied, etwa Schumann oder Brahms. Auch ist Kräftigung des Wiens und Ruhe der Nerven anzustreben. Edmund Meißel dirigierte das Melodram „Die Nachtigall“ von Winternitz, eine sehr laubere und wichtig instrumentelle Minigkeit, der Wäinler zum Publikumsverfolg verhalf. Im übrigen war sein Programm, das er mit Geschick spielte, so bunt und gewürfelt, daß Burgstallers sinfonische Dichtung nur noch ermüdete Ohren antraf.

In das beglückende Beethoven-Spiel des einzigen Basson-Schülers, der in großem Stil den Meister lobt, Gaon Petris sei zum Schluß erinnert, und ebenso auf ein (zu kurz behordetes) neues Quartett von Erich Anders hingewiesen.

Radio in der Schule. Die drahtlose Telephonie dient vorläufig hauptsächlich zur Uebermittlung von Nachrichten und künstlerischen Genüssen: In Amerika aber hat man bereits ergriffen, diese neueste Erfindung, ebenso wie das Kino, für die Erziehung nutzbar zu machen. Es gibt dort schon einige Schulen, die mit Empfangsapparaten ausgestattet sind und daher in der Lage sind, ihren Schülern auf diese Weise Vorträge von berühmten Gelehrten zugänglich zu machen. Freilich sind diese Anlagen noch so kostspielig und die Programme sind noch so wenig auf Erziehungszwecke eingerichtet, daß diese neuartige Form der Belehrung noch mehr Spielerei ist. In England aber geht man jetzt ernsthaft daran, die drahtlose Telephonie für die Pädagogik auszunutzen. Der Direktor der Britischen Broadcasting-Gesellschaft, Arthur R. Burrows, entwickelt ein Programm, um der Allgemeinheit und besonders der Schulen einen reichhaltigen Wissensstoff mit Hilfe des Radios vorzusetzen. Zunächst werden freilich nur Privatschulen, deren Besucher größere Summen bezahlen können, mit Empfangsapparaten ausgestattet werden können. „Unser Erziehungsprogramm“, sagt Burrows, „werden mit einfachen Unterweisungen über die korrekte Aussprache des Eng-

lischen und anderer Sprachen beginnen. Es sollen Vorträge von bekannter Musikgelehrter folgen, der über die Anfangsgründe der Harmonik und des Kontrapunktes unterrichten. Es fällt einem oft auf, wie wenig die Engländer, die auf ihrer Insel leben, von der Dominions und Kolonien ihres Reichs und von der übrigen Welt überhaupt wissen. Vorträge geographischer und völkerkundlicher Natur werden daher von besonderer Wichtigkeit sein. Die pädagogischen Programme unseres drahtlosen Telephonendienstes werden sich zunächst eng an den Unterrichtsstoff der betreffenden Schulen anschließen. Es wird für den Lehrer ebenso interessant sein wie für die Schüler, über diesen Gegenstand von einem hervorragenden Sachkenner etwas zu erfahren. Der Redobienst kann auch mit kinematographischen Vorträgen verbunden werden, indem auf drahtlosem Wege die Erleuterungen zu der Vorführung eines Lehrfilms geliefert werden.“

„Das Weib des Pharaos.“ Das bürgerliche Unterhaltungsstück mit musikalischer Uebersitterung, das Operette heißt, hat alle seine Möglichkeiten bereits erschöpft. Es bleibt ihm, will es auch für den Anspruchsvolleren erträglich sein, nur wieder das alte, oft und mit Erfolg erprobte Mittel übrig: einen historischen oder mythologischen Stoff grotesk zu behandeln. Die neue Operette „Das Weib des Pharaos“, die gestern im Wallner-Theater uraufgeführt wurde, versucht es mit einigem Glück. Der Autor heißt Habi-Warda, der Musiker, der aus vielen Quellen geschöpft hat, trägt den unwahrscheinlichen Kollektionamen Anton Krofus. Das Stück, das im grauen Pharaonenzeitalter spielt, verlangt eine phantastische Inszenierung, als deren Urheber Hermann Feiner lobend genannt sein muß. Der Kapellmeister Redl, wie die Hauptdarsteller Alfred Deutner, Hanna Gorina, Wang und Hans Ritter bewirken teils im Sentiment und teils in komischer Groteske gutes Mittelmaß. R.

Zwei Jahrzehnte niederdeutsche Kulturarbeit. Eine der bedeutendsten Vereinigungen für niederdeutsche Sprache und Kultur, die am 17. Februar 1904 in Hamburg gegründete Vereinigung „Quidborn“ blüht jetzt auf ein 20jähriges Bestehen zurück. Die Vereinigung hat außerordentlich viel für die Pflege niederdeutscher Art und Sprache getan. Die besten Vertreter des plattdeutschen Schrifttums waren dem Quidborn innig verbunden, so der Erzähler und Lyriker Joh. Heinrich Fehrs, der in der Seefahrt am Stageral gebliebene Georg Hod, der hervorragende Dramatiker Fritz Stabenhagen und der tüchtige Bühnenschriftsteller Hermann Böhndorf. Die besten Namen des niederdeutschen Schrifttums und der niederdeutschen Wissenschaft zählte die von der Vereinigung herausgegebene Zeitschrift „Quidborn“ zu ihren Mitarbeitern. Auf volkstümlichem Gebiet hat sie einen besonders erfreulichen Erfolg dadurch erlangt, daß sie in Unterstützung der Arbeiten ihres langjährigen Vorstandsmitgliedes Joh. C. Rebe die Wiederbelebung der alten Volkssuppe „Kasper Butschenecke“ durchsetzte. Die Vereinigung hatte bei Ausbruch des Krieges 650 Mitglieder, heute aber über 4000, die sich über den ganzen Erdball verteilen und zu denen auch einige ausländische Körperschaften und Bibliotheken gehören.

Kapellmeister Wilhelm Freund, der dem Deutschen Opernhaus neu verpflichtet wurde, nimmt seine Tätigkeit am 1. März auf. Er leitet die musikalische Einstudierung von Georges Oper „Don Juan letztes Abenteuer“.

Rechtsbeugungen in Bayern.

Der Fall Rothbücher.

München, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Verbot der Aufführung der Broschüre des Professors Rothbücher „Der Fall Kahr“ ist auf folgende nicht uninteressante Weise, die die Reichshohen der bayerischen Exekutive kennzeichnet, zustand gekommen: Zunächst hat die Polizeidirektion München im Einverständnis mit dem Generalstaatskommissar die Broschüre für ihren Amtsbezirk vorläufig beschlagnahmt, und zwar, wie bekannt, wegen Verächtlichmachung der Staatsanwaltschaft, der in der Broschüre angeblich der Vorwurf der Rechtsbeugung gemacht sei. Gleichzeitig wurde Strafverfolgung erlassen. Als aber die Staatsanwaltschaft die Beschlagnahme der Broschüre vom strafrechtlichen Standpunkt aus nicht für veranlaßt hielt, sprach der Generalstaatskommissar von sich aus die endgültige Beschlagnahme für das rechtsrheinische Bayern aus polizeilichen Gründen aus. Für Kahr war die Verächtlichmachung, daß Professor Rothbücher durch die Broschüre Einfluß auf das schwebende Strafverfahren nehmen wollte, ein Vorwurf, mit dem seit Tagen in der nationalistischen Presse Münchens Sturm gegen Rothbücher gelaufen wird.

Dazu ist festzustellen, daß erstens in der Angelegenheit Kahr, dem einzigen Hauptthema der Broschüre, gar kein gerichtliches Verfahren anhängig ist und zweitens, daß in den letzten Monaten in einer Reihe von Schriften und Zeitungsartikeln die Materie des 8. und 9. November eingehend pro Kahr behandelt worden ist, ohne daß der Generalstaatskommissar hierin eine Einflußnahme aus dem Strafverfahren gegen Hitler und Genossen erblickte. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch eine längere schriftlich gegebene Rechtsfertigung Hoffmanns an das Offizierkorps des ihm unterstellten bayerischen Wehrkreises. Mit der Materie des Hitler-Prozesses befaßt sich auch eine antwortliche Darlegung, die sich gegen die Berichte und Gerüchte über eine angebliche direkte Einmischung des Generalstaatskommissars in das Verfahren zum Zwecke der Verschleierung wendet, aber wenig durchschlagend ist.

Bayern und der Reichspräsident.

WTB meldet:

In einem Teil der Presse wird eine Meldung aus München mitgeteilt, der Reichspräsident habe eine gegen einen Dr. Gansser gerichtete Beleidigungsklage zurückgezogen, trotzdem Gansser die Behauptung aufgestellt habe, der Reichspräsident sei ein Landesverräter, weil er 1917 Beiter im Munitionskriegsarbeiterstreik gewesen sei.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist die Zurückziehung des Strafverfahrens aus folgenden Gründen erfolgt:

Gansser hat im Juni 1922 den Reichspräsidenten in München in der angegebenen Weise beleidigt. Da Gansser den Wahrheitsbeweis antrat, wurde über die angebliche Teilnahme des Reichspräsidenten an dem Berliner Munitionskriegsarbeiterstreik im Januar 1918 eine eingehende Beweisaufnahme durch eidliche Vernehmung einer Reihe von Zeugen, darunter auch des Reichspräsidenten selbst, veranlaßt. Die Aussage aller Zeugen hat ergeben, daß der Reichspräsident mit der Vorbereitung und dem Ausbruch des Streiks weder direkt noch indirekt das Geringste zu tun hatte und noch anfänglicher Weigerung schließlich in denselben einzugreifen versuchte aus dem einzigen Grunde, Schlimmeres zu verhüten und ihn möglichst schnell beizulegen.

Trotzdem die Beweisaufnahme eine völlig einwandfreie Klärung des Sachverhalts ergeben hätte, hat das Schöffengericht München den Reichspräsidenten zur nominalen Vernehmung in der Hauptverhandlung vorgeladen. Da diese persönliche Vorladung sich mit den Vorschriften der Strafprozeßordnung und mit der staatsrechtlichen Stellung des Reichspräsidenten nicht vereinbaren läßt und der tatsächliche Sachverhalt durch die Beweisaufnahme völlig aufgeklärt war, hat der Herr Reichspräsident auf Anraten seines Rechtsbeistandes Wolfgang Heine den Strafverfolgung zurückgezogen. Er hat sich hierzu um so mehr entschlossen, als er infolge des seit der Beleidigung mehr als 10 Monate hingezogenen Verfahrens ein Interesse an der weiteren Rechtsverfolgung nicht mehr hatte.

Das amtlich festgestellte Ergebnis der Saarwahlen zum Landesrat lautet: Zentrum 14 Sitze, Sozialdemokratie 6, Kommunisten 5, Volkspartei, Demokraten und Liberale 4, Hausbesitz und Landwirtschaft 1, Sozialbund 0, Deutschnationale 0.

Eine Gabe für die Atomforschung. Das amerikanische Rockefeller-Institut hatte vor kurzem dem berühmten dänischen Atomforscher und Nobelpreisträger Professor Niels Bohr 40 000 Dollar zur Erweiterung des Instituts für theoretische Physik überwiesen, dessen Leiter er ist. In die Gabe war jedoch die Bedingung geknüpft, daß die mit der Erweiterung der Anstalt verbundenen erhöhten Betriebskosten vom dänischen Staat getragen werden müssen. Den ersten Schritt zur Erfüllung dieser Bedingung hat jetzt die Stadt Kopenhagen getan, indem sie der Anstalt den nötigen Baugrund zur Erweiterung geschenkt hat. Inzwischen ist Professor Bohr auch bei der Regierung um Bewilligung der Betriebskosten vorstellig geworden, und es ist zweifellos, daß sein Ansuchen bewilligt wird. Das Bohrsche Institut hat bereits umfassende Arbeiten für die theoretische Physik geleistet. Niels Bohr selbst konnte hier in jahrelangem Fortschreiten die Arbeiten ausführen, die ihn zu keiner Atomtheorie leiten, für deren Wichtigkeit fast jeder Tag neue Bestätigungen bringt, und die sich als so fruchtbar für Chemie und Physik erwiesen hat. Auf Grund dieser Theorie ist es dann den Professoren G. von Hevesy und Coster gelungen, das neue Element Francium zu entdecken und damit eine der wenigen noch vorhandenen Lücken im periodischen System der Elemente auszufüllen.

Die Staatsoper bereitet folgende Neubitten vor: Im Opernhaus Nr. Mitte März Kommerzienrat „Zenula“, Nr. Mitte April Kommerzienrat „Tote Stadt“. — In der Oper am Königsplatz für 2. März Friedrich Eitelmann, „Verkaufte Braut“, anschließend des 100. Geburtstages des Generalen, und für Anfang April Kommerzienrat „Danz Felling“, Kommerzienrat Kleiber hat die musikalische Leitung der „Zenula“ und des „Danz Felling“, Kapellmeister Egel, die der „Verkauften Braut“ und der „Toten Stadt“ übernommen.

Morrell Saher schießt im Schießstand (Witz) am 14., 16. und 17. Februar die Reihe seiner beschriebenen „Geitzern Abend“.

P. G. Tscholl spricht auf Einladung der Dumboldi-Hochschule am 16. 8 Uhr abends, in der Aula Georgenstraße 30/31 „Schicksale der Dumboldi“ (aus dem Gedächtnis).

Ein neuer Flugmotor. Der Professor der Veterinärmedizin Technischen Hochschule D. Heid hat einen neuen Flugmotor erfunden, der mit Naphtalin arbeitet und durch komprimierte Luft in Bewegung kommt. Der neue Motor misst 1/2 mal weniger als die gewöhnlichen Motoren und verbraucht viel weniger Brennstoff.

Die Bevölkerung Wostens, die in den Lungenschneidern fast zurückgegangen war, vermehrte sich in den Jahren 1922 und 1923 stark. Ende 1923 zählte Wostens 1 512 874 Einwohner, d. h. etwa 1/3 Weg der Bevölkerung von 1913, wo der Höhepunkt mit 1 984 000 Einwohnern erreicht war.

Eine neue Strafe. An Ernst (Weißbieren) zog vor einigen Wochen der Gerichtliche Bildungsausschuß einen der Leiter vor Verantwortung, weil er keine Frau, ebensolche Belästigung der betreffenden Verleumdung, geschickelt hatte. Das Schöffengericht befand, wie der Disziplinärbericht, den Schulden für ungebührliche Jugendlichkeit der roten Studentenschaft zu erklären. In Anerkennung seiner väterlichen Reue und angelegentlich seiner protestantischen Gestalt wurde ihm inbisher Strafanzeige gewährt, zugleich aber vorgeschrieben, 1000 Reichsmark „Fragen der Sittlichkeit“ durchzuarbeiten und darüber dem Senat der Studierenden der oben genannten Kurse ein Referat zu erstatten.

Wirtschaftsfragen im Fünfzehnerausschuß.

Der Fünfzehnerausschuß des Reichstags beriet gestern eine Verordnung über Änderung der Devisenangelegenheiten. Von der Reichsregierung wurde hierzu erklärt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse es notwendig machten, die jetzt bei einzelnen Verordnungen des Reichswirtschaftsministeriums eingeräumte Befugnis, Ausnahmen zu bewilligen, auf die gesamten neu zusammenzufassenden Bestimmungen der Devisenangelegenheiten zu erstrecken und darüber hinaus dem Reichswirtschaftsministerium zu ermächtigen, für besondere Fälle Anordnungen ergänzender oder abweichender Inhalts zu treffen. Der Ausschuh hatte keine Bedenken dagegen, daß der Reichswirtschaftsminister bei der Zusammenfassung der geltenden Vorschriften in neuen Verordnungen soweit die geltenden Vorschriften ändern, als es zur Vereinfachung oder Klarstellung erforderlich ist, auch seine Ausnahmen von den geltenden Vorschriften zuzulassen. Dagegen ersuchte der Ausschuh die Reichsregierung, davon abzusehen, daß dem Reichswirtschaftsminister die Ermächtigung erteilt werde, für besondere Fälle Anordnungen ergänzender oder abweichender Inhalts zu treffen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde eine Verordnung über Ein- und Ausfuhr beraten. Wie die Reichsregierung darlegte, bezweckt die Verordnung 1. die Anpassung der Strafverordnungen und der wirtschaftspolizeilichen Bestimmungen der Verordnungen über die Außenhandelskontrolle an die gegenwärtige Wirtschaftslage und den derzeitigen Stand des unerlaubten Ein- und Ausfuhrverkehrs; 2. die Entlastung der mit der Durchführung der vorerwähnten Bestimmungen besetzten Reichs- und Landesbehörden.

Hierauf folgte die Beratung einer Verordnung über die Vereinfachung der Genossenschaftsbildung und die Förderung der Debitanderschließung. Die Reichsregierung wies darauf hin, daß seit einer Reihe von Jahren von der Öffentlichkeit die schnelle Inangriffnahme der Erschließung der umfangreichen noch in Deutschland vorhandenen ungenutzten Ländereien, namentlich des Moor- und Oedlandes, verlangt wurde. In letzter Zeit hätten einige besonders in Betracht kommende Länder den Entschluß gefaßt, sich stärker als bisher mit der Urbarmachung auch des in privater Hand befindlichen Oedlandes zu befassen. Erhebliche Mittel seien zu diesem Zweck ausgemworfen. Um erschwere aber das unfruchtliche und zeitraubende Verfahren, das für die Gründung von Bodenverbesserungsgenossenschaften vorzuziehen ist, die beschleunigte Inangriffnahme der Kultivierungsarbeiten. Daher lege die Reichsregierung die Feststellung von Plan und Säugung der Genossenschaft in die Hand der obersten Landesbehörde (unter Ausschaltung der Bezirksbehörden). Während bisher die Enteignung von Moor- und Oedland nur für Bestattungszwecke und nur für das gemeinnützige Siedlungsunternehmen zulässig war, soll sie in Zukunft auch für Urbarmachungszwecke und unter gewissen Voraussetzungen auch für Körperkulturen und Privats, die die nötige Gewähr für eine sachgemäße Kultivierung bieten, zugelassen werden können. Der Ausschuh beschloß, die Reichsregierung zu ersuchen, die gesamte Materie im Wege der ordentlichen Gesetzgebung zu regeln, nicht aber auf Grund des Ermächtigungsgesetzes.

In der Frage der Erwerbslosenfürsorge

entschied der Ausschuh zu Artikel I Nr. 6 § 6c der Vorlage, der von der Regierung ausging, daß es jüngeren Personen bei hindernden Umstände auch bei wenig günstigem Arbeitsmarkt möglich ist, eine geeignete Beschäftigung zu erlangen, und der deshalb Erwerbslosen, die das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Erwerbslosenunterstützung nur gewährt, soweit die oberste Landesbehörde oder die von ihr bezeichnete Stelle es für angebracht hält. Es mögen nur Erwerbslose unter 18 Jahren für diesen Paragraphen in Betracht kommen.

Weiter beschloß der Ausschuh, die Regierungsvorlage möge in Artikel I Nr. 14 § 12a dahin geändert werden, daß die Gemeinde, die zur Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung zuständig ist, auch verpflichtet ist, alle Erwerbslosen, die sie zu unterstützen hat, bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse ihres Bezirks oder einer anderen Krankenkasse, die in ihrem Bezirk ihren Sitz hat und deren Leistungen denen der Allgemeinen Ortskrankenkasse mindestens gleichwertig sind, gegen Krankheit zu versichern. Zu Artikel 2 Nr. 2, der die freiwillige gegen Krankheit versicherten Personen in die Beitragspflicht einbezieht, wurde vom Ausschuh ein Zusatz gewünscht, wonach auch diejenigen Anwesenden und deren Arbeitgeber beitragspflichtig sein sollen, die auf Grund des Versicherungsrechtes für Angestellte pflichtverpflichtet sind oder versichert wären, wenn sie nicht auf Grund der §§ 9-11 des Angestelltenversicherungsgesetzes befreit wären.

Der Ausschuh ersuchte die Reichsregierung, bei Regelung der Arbeitspflicht folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen: Die Erwerbslose soll verpflichtet sein, eine nachgemessene Arbeit, die auch außerhalb seines Berufes oder Wohnortes liegen darf, anzunehmen, die ihm unter Berücksichtigung seiner körperlichen Beschaffenheit, seiner Kenntnisse und Fähigkeiten und seiner bisherigen Berufsaktivität billigerweise zugemutet werden kann, und die zu tariflichen Bedingungen, in Ermangelung solcher zu angemessenen ortsüblichen Bedingungen entlohnt wird. Der Erwerbslose soll nicht verpflichtet sein, Arbeit anzunehmen, die ihm nach seiner körperlichen Beschaffenheit, seinen Kenntnissen und seinen Fähigkeiten und seiner bisherigen Beschäftigung nicht zugemutet werden kann, oder für die nicht angemessener tariflicher oder ortsüblicher Lohn vereinbart ist, oder wenn die ihm angebotene Unterkunft gesundheitlich oder sittlich bedenklich ist; bei Unterhaltspflichtigen, wenn die Verlorung der Unterhaltspflicht gefährdet ist. Insbesondere ist der Erwerbslose nicht verpflichtet, eine Beschäftigung anzunehmen, die durch Absperrung oder Ausrüstungslosigkeit bedingt ist. Die Bestimmungen sollen sinngemäß auch für die Hausindustriellen oder für Arbeiter gelten, für die aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge Darlehen oder Zuschüsse gewährt werden.

Hierauf verlagte sich der Ausschuh.

Sparauschuß und Beamtenabbau.

Der Sparauschuß des Reichstags nahm am Mittwoch zum Abbau der Schwerbeschädigten folgende Entschlüsse an:

Die Reichsregierung wird ersucht, beim Abbau der Schwerbeschädigten die weitestgehende Rücksichtnahme zu üben, unter allen Umständen aber des Abbauprojektes der Schwerbeschädigten (gerichtet aus der Zahl) auf höchstens 1/3 des gesamten Abbauprojektes einzustellen.

Im Übrigen erklärte die Reichsregierung auf eine sozialdemokratische Anfrage, daß nicht beabsichtigt sei, die im Reichsdienst behaltenden Angestellten (Kriegsbeschädigte, Versorgungsanwärter, Angestellte mit über 12 Dienstjahren) aus ihren Stellen zu entlassen und an ihre Stelle abgebauten Beamte einzustellen. Außerdem hat der Sparauschuß inzwischen folgende Entschlüsse einstimmig verabschiedet:

Die Reichsregierung wird ersucht, 1. so schnell wie möglich eine Erhöhung der Gehälter der Beamten und Angestellten und der Löhne der Reichsarbeiter vorzunehmen; 2. die Beförderungssperre für die Beamten und des Verbot der Einstellung außerplanmäßiger Beamter aufzuheben und mindestens jede zweite freiwerdende Stelle wieder zu besetzen. Ausnahmen hiervon sind in sachlich begründeten und notwendigen Fällen durch besondere Genehmigung des Sparkommissionars und des Reichsministers der Finanzen unter Mitteilung an den Haushaltsauschuß des Reichstages zulässig.

Ueber den Abbau der Verbeirchaft teilte die Reichsregierung mit, daß diese Frage zurzeit noch mit den Landesregierungen besprochen wird und sich die Materie noch nicht übersehen lasse.

Die angekündigten Kommunismontagskrawalle haben nicht stattgefunden. Kleinere Versuche in Hamburg und Königsberg wurden im Keim erstickt.

Abbau der Sozialfürsorge.

Im Ermächtigungsausschuß wurde am Dienstag zunächst die Verordnung über Fürsorgepflicht beraten und verabschiedet. Nach diesem Gesetz sollen die Sozialrentnerfürsorge und die Armenfürsorge den Ländern überwiesen werden. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge verbleibt dem Reich. Die Organisation der Fürsorge trägt soll die gleiche sein wie die der Armenfürsorge. Aufgehoben werden die Gesetze über Rotkranke und Maßnahmen für Rentnempfänger aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung, über Kleinrentnerfürsorge, über Wochenfürsorge und das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt. Der Ausschuh beschloß, die Kriegsbeschädigtenfürsorge wie bisher aufrechtzuerhalten. Alle übrigen Fürsorgezweige fallen auf Grund der Verordnung mehr oder weniger an die Armenfürsorge. Der Ausschuh beschloß ferner, daß Beiräte aus den Kreisen der Fürsorgeberechtigten den durchführenden Behörden zur Seite gesetzt werden sollen. Der Ausschuh war damit einverstanden, daß der Fürsorgeverband einzelne seiner Aufgaben unter seiner Verantwortung der freien Wohlfahrtspflege übertragen kann. Die Reichsregierung kann über die Voraussetzung, Art und Maß der zu gewährenden Fürsorge Vorschriften von allgemeiner Bedeutung hierüber aufstellen.

Die Sozialdemokraten verlangten dabei, daß die Fürsorgeberechtigten durch einen Reichsfürsorgeauschuß bei dem Erlaß dieser allgemeinen Vorschriften mitwirken sollen und daß auch neben dem Reichsrat der Reichstag mitzubestimmen habe. Der Ausschuh beschloß, daß der Reichstag mitzubestimmen soll, den Fürsorgeberechtigten lehnte man dagegen die Mitbestimmung ab. In der Verordnung ist weiter gesagt, daß die Unterstützung Arbeitsfähiger von der Leistung angemessener Arbeit abhängig gemacht werden soll und daß diejenigen, die, obwohl arbeitsfähig, infolge persönlichen Verhaltens der öffentlichen Armenpflege anheimfallen oder einen Unterhaltsberechtigten anheimfallen lassen, in einer vom Land für geeignet anerkannten Anstalt oder sonstigen Arbeitseinrichtung zur Arbeit untergebracht werden, wenn sie derartige Arbeiten verweigern oder Rinderarbeit leisten. Die Bestimmung über „Minderarbeit“ entsprang einem Antropo der Demokraten. Die Sozialdemokraten lehnten selbstverständlich diese Vorschriften ab. Aber selbst ihr Antrag, daß in diesen Fragen ein Ausschuh der Fürsorgeberechtigten mitzubestimmen habe, wurde von den bürgerlichen Parteien niedergelassen.

Die Reichsregierung wollte ferner den § 1603 des BGB. ändern, nach dem es nicht mehr heißen soll, daß die Verwandten in gerader Linie (Kinder, Eltern, Enkel, Großeltern) unterhaltspflichtig sind, soweit dies ihr standesgemäßer Lebensunterhalt zuzählt, sondern wenn durch die Unterhaltspflicht das Fortkommen des Anspruchsgenommenen oder seiner Familie unbillig erschwert werde. Weiter sollen unterhaltspflichtig sein Geschwister, Stiefgeschwister und Stiefeltern. Diese Bestimmung wurde der Regierung gestrichen, es bleibt bei den bisherigen Bestimmungen in § 1603 des BGB. Das Verlangen der Sozialdemokraten, einen Reichsfürsorgeauschuß aus den Kreisen der Fürsorgeberechtigten zu schaffen, lehnte man auch hier ab. Was für die Kriegsbeschädigten seit Anfangin besteht, hat man den Sozial- und Kleinrentnern nicht gewährt.

Mit dieser Verordnung hat man in der Sozialfürsorge einen außerordentlich großen Abbau vollzogen. Die Armenpflege wird mit ihren häßlichen Begleiterscheinungen zur neuen Blüte kommen, ohne daß sie nennenswert verbessert wäre. Sozial- und Kleinrentner und andere Erwerbsbeschränkte und Erwerbsunfähige, die zum größten Teil ein Leben treuester Pflichterfüllung hinter sich haben und durch die Folgen des Krieges in Not geraten sind, werden unarmherzig in die Armenpflege hineingeworfen, und ihnen wird damit das Unwürdigste geboten, was man je einem Armen bieten konnte, die Beweile beim Armenpfleger und beim Armenamt. Klein- und Sozialrentner können sich bei der bürgerlichen Regierung und bei der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages dafür beklagen.

In der Unfallversicherung plante das Arbeitsministerium den Abbau der Renten unter 20 Proz. ohne jede Abfindung, und nicht nur derjenigen Renten, die bisher bestanden, sondern auch der kommenden Renten. Weiter sollte mit Zustimmung des Reichstages bis einschließlich 30 Proz. abgefordert werden können. Die Regierungsvorlage wurde von den Sozialdemokraten heftig bekämpft, und schließlich mußten auch die bürgerlichen Parteien zugestehen, daß diese Vorlage nur auf dem ordentlichen Gesetzgebungsweg erledigt werden kann. Der Arbeitsminister sah sich daher genötigt, die Vorlage zurückzuziehen.

Frankreichs Abrüstung.

Auch eine Antwort an Macdonald.

Paris, 13. Februar. (S.P.) In der Kammer ist eine Vorlage über die Organisation der Nation in Kriegszellen eingebracht worden. Sie geht von der Voraussetzung aus, daß in Zukunft mit einer immer längeren Kriegsdauer gerechnet werden müsse und daß somit alle Zweige der nationalen Tätigkeit zur Landesverteidigung herangezogen werden müssen. Deshalb seien vor allem die Verkehrsmittel so auszubauen, daß sie jederseits den Ansprüchen des Krieges genügen könnten. Das gleiche Prinzip solle auch für die Produktion, die geistige Arbeit und die Regelung der Beziehungen zwischen dem Staat und seinen Bürgern angewandt werden.

Die Pariser Finanzdebatte.

Paris, 13. Februar. (S.P.) In der Kammer befaßte der Führer der Sozialistisch-Revolutionären Herriot die 20prozentige Steuererhöhung und forderte eine schärfere Veranziehung des Kapitals zu den Steuerleistungen.

Obgleich 15 Redner eingeschrieben waren, wurde nach dem vierten die Generaldebatte geschlossen. Am Nachmittag sprach zuerst Hg. Vincent Auriol (Soz.). Er beantragte, den Artikel 3 auszumergen und dadurch auf die 20prozentige Steuererhöhung zu verzichten.

Zweijährige Dienstpflicht in Polen.

Warschau, 13. Februar. (D.G.) Nach dem vom polnischen Sejm dieser Tage in dritter Lesung angenommenen Wehrpflichtgesetz dauert die Dienstzeit im polnischen Heer zwei Jahre. Polen hat damit die längste Wehrpflicht in Europa eingeführt, denn Frankreich und Sowjetrußland begnügen sich mit 18 Monaten. Die Parteien der Linken kämpften jedoch vergeblich um eine Verkürzung. Der Kriegsminister Sajnawski erklärte, daß mit der zweijährigen Dienstzeit das ganze Gesetz stehe und falle. Bei der Ausbehnung der polnischen Grenzen bedürfe Polen einer stehenden Armee von mindestens 200 000 Mann. Von sozialistischer Seite war einjährige Dienstzeit beantragt worden. Für diesen Antrag stimmten auch die nationalen Kleinrentner, mit Ausnahme der Ukrainer, welche das Gesetz en bloc ablehnten. Doch wurde es in der wenig geänderten Regierungsvorlage angenommen.

Der Wohnhaus-Portier.

Portierentlohnung und Häuserverwahrlohung.

Die Klagen, daß in Berlin die Wohnhäuser verwahrlosten, sind im Zunehmen. Gerügt wird nicht nur die Unterlassung der Reparaturen, sondern auch der Mangel an Sauberkeit. Die bauliche Vernachlässigung möchte der Hauswirt daraus erklären, daß seine Mietkassette ihm nicht genug einbringt. Den Mangel an Sauberkeit legt er dem Portier aufs Konto, der ihm nicht genug arbeitet. Ja, der Portier — der ist ein Schmerzenskind für den Wirt und oft auch für die Mieter. Aber man glaube nur nicht, daß nicht auch er mit dem Wirt und den Mietern seine Schmerzen hat. Das Tagewerk eines Berliner Portiers ist nicht ganz so leicht und angenehm, wie es dem Unkundigen scheinen mag. Und wie steht's um die Entlohnung, über deren „Höhe“ der Wirt und mancher Mieter schreit? Seit langem kämpfen die Portiers vergebens um eine durchgreifende Besserung ihrer Löhne.

Kein Ausruheposten.

Wie ungünstig die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Portiers sind, das ist in der Bevölkerung noch nicht hinreichend bekannt. Die Hauswirte wissen es, wenn sie auch meist so tun, als ob sie es nicht wüßten. Doch die breite Masse der Mieter geht an diesen Dingen noch ziemlich achsellos vorüber. Vielleicht wirkt dabei ein bißchen der „Titel“ mit, der bei n-achem die Vorstellung eines nicht allzu bürde-vollen Amtes wecken könnte. Gewiß, das Wort „Portier“ läßt sich zwar mit „Hörner“ übersetzen. Aber in den Berliner Wohnhäusern sind die Pflichten eines Portiers sehr viel größer als die eines flüchtigen Türhüters und nichtstuhenden Aufpassers. — Man kann drei Arten von Wohnhausportiers unterscheiden. In manchen Häusern ist die Portierarbeit so reichlich, daß sie eine voll-befähigte Arbeitskraft erfordert. Da gibt es dann den Portier im Hauptberuf, den mit Fachkenntnissen ausgerüsteten Angestellten, dem die Zentralheizung und die Warmwasserbereitung übertragen sind. Vielleicht ist in dem Haus, dem es an Komfort nicht fehlt, auch ein Fahrstuhl zu bedienen. Die Reinigung und Pflege des Hauses sowie die Ueberwachung des verschloßen gehaltenen Einganges werden meist von der Frau des Portiers beorgt. Ein un-erheirateter Portier ist in solchem Hause kaum denkbar. Mann und Frau sind von früh bis spät in Anspruch genommen und an das Haus gebunden. Eine Beschäftigung neben der Portierarbeit ist da schwer möglich. — Den Portier im Nebenberuf sollte man nur in Häusern finden, die wenig Arbeit erfordern. Er kommt aber auch in Häusern vor, die Zentralheizung und Warmwasserbereitung haben. Wird dem Portier die Arbeit nicht ausreichend bezahlt, so muß er sich nach einer Nebenbeschäftigung umtum. Diese wird dann für ihn meist zur Hauptbeschäftigung, und die Hausbesorgung kann ihm nur noch Nebenberuf sein. Möglich ist das nur, wenn die Frau die ganze Arbeitslast der Hausbesorgung trägt. Sie muß dann nicht nur die Reinigung des Hauses, sondern auch die Bedienung der Kesselanlagen übernehmen und soll vielleicht auch noch den geschlossenen Hauseingang überwachen. Das Los solcher Portierfrauen, die hin und her gehen werden und daneben auch die eigene Wirtschaft betreiben müssen, ist beklagenswert. Aber wenn der Mann zu Hause liebt und Portier im Hauptberuf sein wollte, müßten bei elender Entlohnung beide verhungern. — Die häufigste Erscheinung ist in Berlin der Portier, der seine Stellung wirklich nur als Nebenberuf ansehen kann, weil sie im wesentlichen Hausreinigungsarbeit erfordert. Das Haus ist gewöhnlich nicht verschloßen, Zentralheizung und Wassererwärmung gibt's nicht, der „Komfort“ ist auf das Allerniedrigste beschränkt. Wo ein Ehepaar eine solche Portierstelle übernimmt, besorgt fast immer die Frau die gesamte Hausreinigungsarbeit, während der Mann außer halb des Hauses dem Erwerb nachgeht. Oft werden aber solche Stellen von Witwen übernommen, auch von Unfallrentnern oder Kriegesbeschädigten, die ihr lar-es Einkommen ein wenig aufbessern wollen. Gewöhnlich ist auch hier die Arbeitslast nicht gering, vor allem in Häusern mit vielen Eingängen und mehr als einem Hof, hat das Haus eine bei-dentliche Front und einen breiten Bürgersteig, so kommt im Winter die Last der Schneeabräumung hinzu. Doch die Not zwingt selbst schwächliche Personen, solche Stellen zu übernehmen.

Entlohnung nach Willkür.

Die Not treibt den Hauswirten die Portiers zu, aber die Hauswirte zahlen selten einen Lohn, mit dem die Not zu bannen ist. Wird hieran durch das Reichsmietengesetz und durch die Ausführungsbestimmungen des Magistrats etwas geändert? Die Löhne für die Hausreinigung sollen in den Verwaltungskosten aufgehen, doch sagt über die Höhe der Löhne das Gesetz samt Ausführungsbestimmungen nichts. Der Deutsche Portierverband hat sich bemüht, eine tarifvertragliche Vereinbarung mit den Hausbesitzern zustande zu bringen. Die Organisation der Arbeitgeber, der Bund Berliner Haus- und Grundbesitzervereine, hat sich bisher ablehnend verhalten. Wiederholt hat der Schlichtungsausschuß durch Schiedsspruch entschieden, daß von den Verwaltungskosten in einzelnen Häusern 26 Proz. und in Häusern mit Komfort 40 Proz. als Lohn gezahlt werden sollen. Es blieb aber dabei, daß die Entlohnung des Wohnhausportiers von der Willkür des Hauswirts oder seines Verwalters obhing. — Daß diesen Dingen ein Ende gemacht wird, liegt im Interesse nicht nur der Portiers, sondern auch der Mieter. Von einem Portier, der schlecht bezahlt wird, kann man nicht gute Arbeit verlangen. In vielen Wohnhäusern haben die Portiers ihre Bestellungen eingeschränkt, entsprechend der geringen Entlohnung, so daß es zu der Vernachlässigung und Verwahrlohung kam, über die so bitter geklagt wird. Bald genug merken die Mieter, wie sehr auch sie ein Interesse daran haben, daß der Portier nicht mit einem Hundertlohn abgepfist wird. Die Hauswirte stützen sich auf ihr „Recht“, verlangen von den Portiers die Erfüllung ihrer „Pflicht“ und schreiten bei andauernder Weigerung zur Kündigung. Sie verlangen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses die sofortige Räumung der Wohnung, unbekümmert darum, ob die Familie schon eine andere Wohnung hat oder auf die Straße gesetzt wird, und gehen mit Ermittlungskosten vor, die nur zu oft Erfolg haben. Der Deutsche Portierverband schlägt in Berlin die Zahl der Ermittlungskosten gegen Portiers auf monatlich mehrere hundert und die Zahl der von keinem Portier mehr versorgten Wohnhäuser auf etwa 10 000 von überhaupt 50 000 Wohnhäusern.

Für ehrliche Arbeit anständiger Lohn!

Nachdem am 1. Februar eine neue Mieterregelung erfolgt ist, hat der Deutsche Portierverband erneut den Versuch gemacht, mit dem Bund Berliner Haus- und Grundbesitzervereine zu verhandeln. Bisher ist es zu keinem Ergebnis gekommen, so daß über die Frage der Berechtigung einer tarifvertraglichen Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der Portiers die zuständigen Instanzen entscheiden sollen. Der Verband fordert grundsätzlich, daß für ehrliche Arbeit ein anständiger Lohn gezahlt wird. Befristet werden soll auch der Brauch, dem Portier Wohnung im Hause als Dienstwohnung zu geben und anzuschauen. Die Portiers wollen ausreichend bezahlt und im übrigen wie jeder andere Mieter des Hauses behandelt werden. Sie verlangen weiter für alle Nebenleistungen eine entsprechende Vergütung. Auch sollen die Hauswirte ein ordnungsmäßiges Reinigungsmaterial liefern. Werden diese Forderungen erfüllt, dann wird auch die Vernachlässigung der Wohnhäuser aufhören. Die Portiers haben selber den Wunsch, daß die Häuser wieder ein anständiges Aussehen erhalten.

Die Befestigung der Portierentlohnung in ihrer bisherigen Form ist eine unabwendbare Notwendigkeit. Diese Beträge bringen den Portier gegenüber dem Wirt in ein unerträgliches Abhängigkeitsverhältnis und erinnern in mancher Hinsicht an die Gefindeordnung lüden Angehörigen. Die Verhandlungen über den Tarifvertrag nähern sich der Entscheidung. Es ist höchste Zeit, daß er zustande kommt.

Jugendweihe Bankrott. Der Vorbereitungsunterricht beginnt Donnerstag, den 14. d. M., nachmittags 4 Uhr in der Knabenmittelschule.

Kommunisten-Demonstrationen.

Klaglicher Verlauf der „großen“ Aktion.

Die kommunistischen Kundgebungen, die gestern für das ganze Reich geplant waren, sind in Berlin überaus schwächlich verlaufen. In einzelnen Stadtteilen ist es lediglich zu kleineren Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, und in allen Fällen hatten die Kommunisten die Erwerbslosen als Borspann zur Ausführung ihrer Pläne benutzt. Am einzelnen läßt sich folgendes Bild entwerfen:

Um 2 1/2 Uhr nachmittags bewegte sich ein Zug von etwa 150 Personen die Ottostraße in Moabit entlang, der aber bald von den Schutzpolizisten aufgelöst wurde, wobei zwei Personen festgenommen wurden.

Um 3 1/4 Uhr nachmittags wurde in Neukölln eine Zusammenrottung von etwa 150 Erwerbslosen aufgelöst und eine Person zwangsgeführt. Im Neuköllner Rathaus kam es zwischen ca. 100 Erwerbslosen und der Polizei zu einigen Zusammenstößen, wobei sieben Personen festgenommen wurden. Ein Polizeiwachmeister trug erhebliche Verletzungen am Kopf davon. Ein Angreifer wurde festgenommen.

In Reinickendorf wurde ein Zug von 250 Personen aufgelöst und zwei von den Demonstranten festgenommen.

Um 5 1/4 Uhr nachmittags wurden etwa 70 Erwerbslose in der Kaiserallee verstreut. Ein Beamter, der dabei schwer bedrängt wurde, feuerte zwei Schüsse ab, die aber niemand verletzten. Um 2 1/2 Uhr nachmittags sammelten sich an der Ecke der Hutten- und Verlichingenstraße etwa tausend Arbeitslose. Auch hier gelang es den Polizeibeamten der angrenzenden Reiterei, die Demonstranten zu zerstreuen, wobei zwei Personen festgenommen wurden.

Ganz Oesterreich für die deutschen Kinder.

Empfang des Berliner Jugendamts in Wien.

Die mit dem Kinderhilfszug aus Berlin eingetroffenen Mitglieder des Berliner Jugendamts mit dem Minister Hirtzler an der Spitze wurden gestern vormittag im Niederösterreichischen Landhaus im historischen Sitzungssaal der Landesregierung von den Vertretern der Bundesregierung und des Landes Niederösterreich feierlich empfangen. Hierzu hatten sich auch der Bundespräsident Hainisch, Bundeskanzler Seipel, der Minister des Äußern Grünberger und der deutsche Gesandte Dr. Pfeiffer mit den Mitgliedern der Gesandtschaft eingefunden.

Nach Begrüßung der Gäste durch den Landeshauptmann Bureich ergriff der Bundespräsident Hainisch das Wort und sagte: Sie können überzeugt sein, daß ganz Oesterreich ohne Unterschied der Parteien mit vollster Anteilnahme das Schicksal der Kinder des deutschen Volkes verfolgt. Wenn wir nicht mehr tun konnten, als wir getan haben, so bitte ich dies darauf zurückzuführen, daß unsere eigenen Mittel noch außerordentlich beschränkt sind. Wir sind noch in Reformversetzen begriffen, denn sonst hätte unsere Hilfe für Deutschland einen viel größeren Umfang gehabt. Ich schließe mich dem Landeshauptmann an, wenn er hofft, daß die Erinnerungen, die die Kinder mit nach Hause nehmen, dazu beitragen werden, unser Verhältnis zu Deutschland noch inniger zu gestalten. — Minister Hirtzler sprach hierauf im Namen der preussischen Regierung und des Reichskanzlers den herzlichsten Dank aus für die außerordentliche Hilfe und Güte, die die Kinder in so großem Umfange in Oesterreich empfangen. Er hofft die Zeit zu erleben, in der Deutschland dem Bundesstaat in Oesterreich das erwidern könne, was es für die deutschen Kinder in dieser schweren Zeit gut getan habe.

Der deutsche Gesandte Dr. Pfeiffer ergriff hierauf das Wort zu einer Ansprache, in der er in bewundernden Worten die Hilfsbereitschaft aller Stände Wiens und Oesterreichs rühmte. Was hier geschieht, so fuhr er fort, ist aber auch von ungeheurer ethischer Werte. Wir sind ja nicht zwei Völker, wir sind ein Volk, das in Reiche geteilt ist, deren Zusammenfluß sich in dieser Hilfsbereitschaft in Oesterreich herrlich offenbart. Die Tatsache, daß auch Oesterreich noch in Not steht, macht die Gabe doppelt. Sie können überzeugt sein, daß sie in den Herzen unserer Kinder, in den Herzen des ganzen deutschen Volkes haften, und noch in späten

(Nachdruck durch Wall-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

„So kommt es, daß auch, wenn ihr an einem Werktag, während der Arbeitszeit — um elf Uhr früh, um vier Uhr nachmittags — durch die Geschäftsstraßen einer Großstadt geht, die vor Arbeit brüllt und dampft, Tausende und Tausende und Tausende hübsch und elegant gekleideter, gepflegter Mädchen, Frauen und junger Männer begegnen. Das sind die Töchter — höhere Töchter —, die Gattinnen, die Söhne. Sie arbeiten nicht; aber sie essen dennoch, und nicht Kutteln mit Sauce. Kaufen ein, geben viel Geld aus, damit die Arbeiter ihr Brot verdienen können, versteht ihr, wohnen bequem und hygienisch, hören Konzerte, können ausgezeichnet tanzen und zur Not Gekochesparagrafen auswendig lernen, die gegen Arbeiter anzuwenden den künftigen Staatsanwälten und Richtern dann nicht schwer fällt. Sie sind die Angehörigen ihrer Aktien besitzenden Gatten und Väter, leben von dem Mehrwert, der den Wertstättigen abgepreßt wird, und haben, im allerbesten Falle, ein mitleidiges, faumendes Lächeln für demonstrierende Arbeiter, von deren Schweiß und Rot und Tod sie leben.“

Aber nicht den schwächsten Reflex des Bewußtseins, daß sie von dem Schweiß dieser Arbeiter leben, dachte Jürgen. Das weiß ich bestimmt. Sind weltweit entfernt von diesem Bewußtsein.

„Und die Kirche liefert die entsprechende Religion: Du sollst nicht. Du sollst nicht. Sollst nicht. Kürzer: Das Eigentum ist heilig.“

„Im Diesseits,“ sagte heiter lächelnd ein neben Jürgen stehender Arbeiter. „Im Jenseits gibt's nämlich keine Rittergüter, Bergwerke, Wäbereien und Webefabriken.“

Wer da war in diesem Saale, plötzlich fühlte Jürgen sich mit jedem einzelnen und mit allen zugleich wie durch ein unbegreifliches Wunder verbunden. Der Haß dieser fünftausend war sein Haß, ihre Hoffnung, ihr Ziel waren seine Hoffnung, sein Ziel. Und da geschah es, daß seine lebenslange Unsicherheit und Hilflosigkeit der Umwelt gegenüber urplötzlich verschwanden und das kraftspendende Gemeinschaftsgefühl so mächtig in ihm entstand, daß er an sich halten mußte, nicht loszubrüllen vor innerem Jubel.

„Da wurde ich vierundzwanzig Jahre alt und ahnte nicht,

was Selbstbewußtsein ist. Fühlte es nicht! Fühlte es nicht, wegen meiner unfruchtbaren Einsamkeit, angesichts dieses verurteilten Geschlechts, demgegenüber der einzelne sich nimmermehr zurechtfinden kann oder, findet er sich zurecht, verloren ist. So oder so! Denn das Zurechtfinden innerhalb dieses Ganzen bedeutet, wie immer es geschieht, menschlich den Untergang. . . . Jetzt geht der Kampf an. Kampf bis zum Tode!“

„Der Klassenkampf! Neueste Nummer! Der Klassenkampf! Die Befreiung! Neueste Nummer: Der Klassenkampf!“ Das Herz schlug nicht mehr. In den Fingerpitzen fühlte er den letzten Schlag, anstürmen, als wolle das Blut heraus-springen. So starrte er das verschmigte, kompakte Antlitz an, den gebogenen Nacken, den kleinen, festen Mund, der rief: „Die Befreiung! Der Klassenkampf!“

Da war Katharina schon wieder verschwunden im überfüllten Zwischengang. Er sah nur noch den über ihrem Kopfe schwebenden „Klassenkampf“. Und noch in diesem selben Augenblick zog ein endlos langer Zug arbeitsunfähig gewordener alter Männer und Frauen grau und düster durch Jürgen's Sehnsucht, gleichberechtigt neben Katharina zu stehen.

Sekunden später war das Arbeitererwärmungshaus gegründet. Alles funktionierte tadellos. Alle Zeitungen schrieben darüber. Jürgen empfängt eine Deputation des Berliner Magistrats. Die Herren tragen die Zylinder in der Hand. Vier Herren. Der schmalste, feinste hat einen Scheitel, von der Stirn bis zum Nacken, und führt das Wort.

Gewiß, Jürgen sei bereit, auch in Berlin so ein Arbeitererwärmungshaus zu organisieren. Warum nicht! Natürlich müsse er erst die besonderen Verhältnisse an Ort und Stelle studieren. „Die Konstellation gewissermaßen, Sie verstehen! Außerdem haben andere Stadtverwaltungen sich schon früher bei mir gemeldet, müssen Sie wissen. Und wer zuerst kommt — nicht wahr.“

Vier Verbeugungen, die vor Befangenheit und Freude darüber, daß Jürgen den Herren die Ehre zuteil werden läßt, einen Blick zu machen, lächelnd ausfallen. Sogar die Mäuler lächeln schief. Und der schmale, feine Wortführer sagt: „Natürlich, habaha! gewiß, der mahlt zuerst!“

„Und jetzt, meine Herren. . . .“ Die vier nicken sich sofort zurück. Auch die Tante, die respektvoll dabeigestanden war, verläßt leise das Zimmer, den mit Arbeit überlasteten nicht länger zu stören. Katharina, am Schreibtisch lehnd, sieht Jürgen bewundernd an.

Tausendfaches Händeklatschen. Alle schoben sich der Ausgangstür zu. Jürgen erreichte, halb getragen, die Straße,

schwiegend und begeistert. Stand vor der Wirklichkeit, die vier Schulleute vor das „Paradies“ gestellt hatte, stumm und blühdend. Die Proletariatskinder tanzten noch immer Ringelreigen, herum um das dampfende Kanollloch.

Sentrecht fauste Jürgen aus seiner Kirchlurmhöhe herab auf das reile Pflaster, empfing von Eitel und Selbsthaß, weil er wieder geträumt und sich wieder hatte adten und bewundern lassen. Mit einem innerlichen, einem wilden Sprunge langte er wieder an bei sich selbst. „Ich werd' dir das abgewöhnen. Werde dir das abgewöhnen!“

Die Masse spülte ihn weiter. Jürgen entfaltete den „Klassenkampf“.

Arbeiter, die den Feinden überholten, wandten sich um nach ihm. Einige legten, wenn er auffah, den Finger an die Lippe.

Offenbar ein jäher, langwieriger, trodener Kampf; aber das Ziel, das Ziel — es ist unerhört. . . . Ob ich herausfinden werde, was schlecht ist an ihrem Artikel? dachte Jürgen und las Katharinas Artikel noch einmal von Anfang an.

Pflichtlich vernahm er, stehend im Straßenlärm, deutlich das Summen einer großen Fliege, blühte erstaunt auf und bemerkte, daß er vor dem „Blatzwirt“ stand, einer Zubehälter- und Verbrecherkreise, vor der er, so oft er vorbeigegangen war, immer tiefes Grauen empfunden, und die zu betreten er nie gewagt hatte.

Als er die Tür öffnete, hatte er zuerst die Empfindung, in einen riesigen Fabriksaal geraten zu sein, so ungeheuer war der Lärm. Auch die Töne des alten Klaviers konnten nur vereinzelt durchdringen.

An den vor der Tür bucklig gewordenen Wänden hing gar nichts. Vom Schantisch bei der Tür liefen fünf lange Reihen zwischenraumlos nebeneinander stehender Tische nach rückwärts und verschwanden im Quarm. Kein einziger Stuhl. Sehr Banfreihen: dicht besetzt von Straßenmädchen, Zubehältern, verunglückten oder zu altgewordenen Kräftigen und Arbeitern, abdackelnden früheren Angehörigen der bürgerlichen Klasse verschiedenster Berufe, durch den Konkurrenzkampf heraus- und, ohne Station zu machen bei der Arbeiterklasse, gleich hinuntergeschleubert ins Lumpenproletariat, und zum größten Teile Existenzen, die infolge langer Arbeitslosigkeit rettungslos in Verbrechen verfunken und ertrunken waren.

Ohne Gesprächsunterbrechung wurde für Jürgen mit selbstverständlicher Bereitwilligkeit Nach gemacht, noch enger zusammengerückt. Nur ein kurzer Blick, prüfend, ob Jürgen ein Spitzel sei.

(Fortsetzung folgt.)

Generationen wird man von der Liebe reden, diesem schönsten Zeichen der Volksgemeinschaft. Ich danke nochmals für alle Beweise der Freundschaft, Treue und Brüderlichkeit. Nach weiteren Dankworten des Vorstandes des Bundes der Reichsdeutschen, Horjanz, wurden die Gäste durch die historisch interessanten Empfangs- und Repräsentationsräume des Landeshauses geführt.

Der falsche Arzt und seine Crika. Eine Warnung für heiratstüchtige Damen.

Ein gefährlicher Heiratschwindler, der schon viele Behörden beschuldigt hat, ist in Berlin wieder an der Arbeit. Es ist ein 42 Jahre alter, aus Bocholt im Kreis Borken gebürtiger Kaufmann Joseph Wieduwild, der den Arzt spielt, und in Berlin und Mittel- und Süddeutschland unter allen möglichen Namen auftritt. Im Juni vorigen Jahres in Halle festgenommen, wurde der Schwindler der Landesheilanstalt Hiebhorn im Distrikt übergeben. Von dort entwich er und nahm seine Spezialität wieder auf. Wieduwild verschafft sich durch Heiratsanzeigen Beziehungen zu Witwen und jungen Mädchen. Den Schriftwechsel erledigt er mit einer Crika-Schreibmaschine, die er ständig mit sich führt. Jetzt plüzt er sich für einen aus dem besetzten Gebiet vertriebenen Arzt anzugewöhnen. Durch vorgespiegelte medizinische Kenntnisse erwidert er sich leicht das Vertrauen der heiratstüchtigen Damen, und diese strecken ihm gern ihr Geld vor, das er angeblich zur Gründung einer neuen Praxis und namentlich zum Ankauf der erforderlichen ärztlichen Instrumente braucht. Sobald er das Geld hat, verschwindet er und läßt keine Bräute mehr. So opferte ihm eine heiratstüchtige Dame aus der Staller Straße, die über bares Geld nicht verfügte, für 4000 Goldmark Schmuckstücke. Mit dieser Summe verschwand der falsche Arzt nach Breslau. Auch dort gelangen ihm einige Schwindelzüge, und seit einigen Tagen ist er in Berlin wieder tätig. Der Gauner ist mittelgroß und kräftig, hat eine Blase, große, etwas abstehende Ohren, eine stark herunterhängende Unterlippe und trägt eine Hornbrille oder einen Kneifer.

Die Teuerung im Ausland.

In Fortsetzung früherer Untersuchungen veröffentlicht das Statistische Amt der Stadt Berlin in Nr. 6 seiner „Wirtschaftsstatistischen Wochenberichte“ die Kleinhandelspreise für eine Anzahl wichtiger Lebensmittel gegen Ende der Jahre 1913 und 1923 in New York, 12 europäischen Hauptstädten und im Bundesdurchschnitt von Großbritannien und Irland. Nachdem sämtliche Preisangaben nach dem jeweiligen Devisenkurs in Dollar umgerechnet sind, ist eine Vergleichsgrundlage für die Ermittlung der Preisentwicklung von 1913 bis 1923 geschaffen. Es ergibt sich wiederum, daß im allgemeinen die Preise in Ländern mit günstiger Wälua stark, in Ländern mit entwerteter Währung dagegen nur wenig gestiegen sind. So stellten sich im Durchschnitt die Kleinhandelspreise in England 1923 um 89,7 Proz. höher als 1913, in Stockholm um 59,0 Proz., in Bern um 58,8 Proz. und in Amsterdam um 64,8 Proz. Dagegen betrug die Zunahme der Teuerung bei fast erwarteter Währung z. B. in Prag nur 12,8 Proz., in Wien 10,0 Proz., in Belgrad 9,2 Proz., in Warschau 5,9 Proz. und in Sofia nur der Preisdurchschnitt Ende 1923 sogar um ein Viertel niedriger als 1913. Zur selben Zeit standen in Berlin die Lebensmittelpreise um 82 Proz. höher als Ende 1913, so daß hier die Teuerung bei weitem am stärksten unter den angeführten Städten hervortrat. Inzwischen ist hier jedoch eine merkliche Senkung der Preise eingetreten, so daß sich Anfang Februar d. J. für Berlin die durchschnittliche Preissteigerung nur noch auf 39,4 Proz. belief. Für New York stellt sich die Zunahme der Teuerung von 1913 bis 1923 auf rund 40 Proz., d. h. der Dollar hat hiernach in dieser Zeit etwa zwei Drittel seiner früheren Kaufkraft eingebüßt.

Sparwirtschaft am verkehrten Ende.

Vor einigen Tagen brachte ein Berliner Abendblatt unter dem Titel: „Der Magistrat baut ab!“ einen inneren Beitrag, in dem freudig mitgeteilt wurde, wieviel Goldmillionen die Stadt dadurch spare, daß sie abbau, d. h. Beamte entlässe. Unter anderem hieß es: „Um auf eine kleinere Gripornis hinzuweisen, sei erwähnt, daß das „Gemeindeblatt“ im abgelaufenen Geschäftsjahr wesentlich verkürzt worden ist, und zwar von 500 auf 380 Seiten.“ Weiter kann die zugehörige Bedachtslosigkeit wohl kaum geliebt werden, wenn man vernehmen muß, daß eitel Freude und Lobgesänge darüber herrscht, daß das amtliche Organ einer der größten Städte der Welt so klein wie möglich ist. In anderen Dingen ist man anderer Meinung. Für den Landkreis Hannover-Linden hat der Landrat Genosse Hans Krüger mit dem Genossen Riebrandt vor zwei Jahren als amtliches Kreisblatt der Landkreise Linden und Hannover die „Kommunalen Mitteilungen“ geschaffen. Statt aber ihr Werk abzubauen, haben unsere Genossen alles getan, um es auszubauen, und können jetzt mitteilen, daß das Blatt fortan statt einmal zwei- bis dreimal wöchentlich erscheint. Es bringt nicht nur die amtlichen Mitteilungen, sondern auch lebendig geschriebene Beiträge aus allen Gebieten des kommunalen Lebens und hat außerdem einen großen und offenbar sehr einträglichen Anzeigenanteil. In Berlin heißt es Abbau, in Hannover-Land Aufbau. Die Entscheidung, welches von beiden das Bessere ist, dürfte niemandem schwer fallen.

Der doofe Emil, Karichen, Paul und der dicke Fritz.

Kürzlich hatten wir mitgeteilt, daß bei einem Ueberfall einer Räuberbande auf das Postamt Hebron-Dennh in der Ziplower Gasse in Bommern die Bande nach einem großen Feuergefecht unerschüttert gemacht worden war. Inzwischen hat die Untersuchung der Verhafteten volle Klarheit gebracht. Die in der Ziplower Gasse Ausgehobenen hörten auf Spitznamen, wie: doofer Emil, Karichen, Paul, Mäer Fritz u. a. Mit ihren richtigen Namen waren sie sich gar nicht bekannt; sie waren der Rest einer großen Bande, die seit zwei Jahren die Bevölkerung von Mitteldeutschland, insbesondere Thüringen, und auch Berlin und Umgegend in Atem hielt. Ein großer Teil wurde vor längerer Zeit schon festgenommen, nach Leipzig gebracht und abgerichtet. Andere Bandenmitglieder wurden von mitteldeutschen und Berliner Gerichten auf lange Zeit ins Zuchthaus geschickt. Einige Reste blieben aber immer noch übrig. Diese hatten von ihren Führern gut gelernt und organisierten eine neue Bande, die seit vorigem Jahre und Anfang dieses Jahres wieder eine rege Tätigkeit mit vollem Erfolge entwickelte. So haben sie in Berlin und Umgebung auf dem Korbholz die Ueberfälle auf das Postamt Regim am 8. Oktober 1921, auf das Postamt Hegermühle einen Monat später, auf die Wurstfabrik Heilberg in der Wilmersdorfer Straße, auf die Petroleumsgeleitschaft am Sädufer, auf die Margarinefabrik Cobi in Bicheldorf.

„Bewegungsgelder“ sind einwandfrei.

Eine wichtige Entscheidung für Kriminalbeamte.

Augenblicklich ist die Frage außerordentlich aktuell, inwieweit den Polizeibeamten ihre dienstlichen Aufwendungen ersetzt werden sollen, da bekanntlich durch eine ministerielle Verfügung auch die Espesen, die bei Verfolgung von Verbrechern aufgewendet werden, „abgebaut“ sind. Bereits vor dieser Verordnung spielte die Frage des Dienstspesenersatzes eine große Rolle auch im Strafverfahren.

Die Kriminalbeamten O. und Sch waren von der 5. Strafkammer des Landgerichts I wegen Bestechung zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil sie von einem bestohlenen Schlächtermeister 1000 M. für ihre dienstliche Tätigkeit zwecks Ermittlung der Diebe verlangt haben sollen, und zwar vor Beginn ihrer Tätigkeit. Sie beruhigten sich aber nicht bei diesem Urteil. Rechtsanwältin Bahn gelang es, das Wiederaufnahmeverfahren wegen des Urteils der Strafkammer durchzuführen. Er stellte unter Beweis, daß die Beamten lediglich „Bewegungsgelder“ erhalten hätten, die zur Durchführung der Ermittlungen in Kassenkassen in der Nähe des Engrosviehhofs dienen sollten. Diesen Betrag hätten sie auch nicht gefordert, sondern es sei ihnen von dem Bestohlenen freiwillig gewährt worden. In der erneuten Hauptverhandlung wurde dieser Sachverhalt durch die aufgetretenen neuen Zeugen bestätigt. Diese hatten sich an den Verteidiger auf Grund der Zeitungsberichte über die erste Verhandlung gewandt und das Material zur Wiederaufnahme geliefert. Das Gericht kam zur Freisprechung. Die Annahme von „Bewegungsgeldern“ ohne Forderung des Beamten sei nicht als Bestechung anzusehen. Diese Entscheidung ist von grundsätzlicher Bedeutung für die Kriminalpolizei, da hierdurch die Tätigkeit der Beamten sehr erleichtert wird.

Besserung des Berliner Fremdenverkehrs.

Berlins Fremdenverkehr weist bereits Anzeichen einer Besserung der Verhältnisse auf. Zwar ist die Gesamtziffer der gemeldeten Fremden noch immer unter hunderttausend geblieben, ist aber doch von 75 445 im letzten Dezember auf 91 985 im Januar gestiegen. Dem entspricht auch der Zuwachs im Ausländerzugang, der sich von 3288 auf 6183 gehoben hat. Bemerkenswert und bezeichnend für die wirtschaftlichen Verhältnisse ist der Anteil der einzelnen Länder an diesem Besuch. An erster Stelle erscheint nach den Feststellungen der Zentralstelle für den Fremdenverkehr wieder Österreich mit 852 Gästen. Es folgt Holland mit 765, Rußland mit 572, Polen mit 562, England mit 470, Schweden mit 463, Amerika mit 430, die Tschechoslowakei, deren Anteil am Fremdenzugang nach der Umwälzung in den Baltikumverhältnissen so auffallend zurückging, mit 415, Dänemark mit 405 usw. Zu erwähnen wäre noch, daß die etwas milder sich gestaltende politische Atmosphäre auch in der Wiederkehr der Franzosen ihren Ausdruck findet, die zum erstenmal wieder mit 130 Besuchern erscheinen.

Der Deutsche Mieterbund an den Reichskanzler.

Der Deutsche Mieterbund (Sitz Berlin) hat am 10. d. M. an den Reichskanzler, den Reichsrat, die beteiligten Minister und sämtliche Reichsstaatssekretäre folgendes Telegramm gerichtet: „Der heute versammelte Vorstand des Deutschen Mieterbundes (Sitz Berlin) warnt in letzter Stunde dringend vor der Erhebung einer Retssteuer und vor Goldmieten. Er fordert unbedingte Aufrechterhaltung und Ausbau des Mieterschutzes, um schwerster Beunruhigung vorzubeugen.“

Hilfe für die Jugend.

Für unsere Speisung im Winterjugendheim Blumenstraße 97 gingen ein: Trapp 9,—, Riepsch 7,20, A. B. 5,—, Grodnauer 10,—, Koplan 12,00, Wo. 8,40, Frau Simon 16,80, Rosenbaum 42 M., Tank 10,—, C. R. 5,—, Brett 10,—, Sachle 8,40, aus Amerika 10 Dollar, durch Ludat 5 Dollar, Vorwärts-Expedition 500,— Mark. Weitere Spenden erbittet: Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt, s. H. Minna Todenhagen, Lindenstr. 3, 2 Hof II.

Einen schweren Ueberfall im Kleinen Tiergarten sucht die Kriminalpolizei aufzuklären. Am 1. Februar besuchte ein 17jähriges Mädchen aus Weabit abends die Fortbildungsanstalt in der Turmstraße. Auf dem Heimwege gegen 9 Uhr stülte es sich beim Durchschreiten des Kleinen Tiergartens von vier jungen Burschen verfolgt und belästigt seine Schritte. In der Nähe des Kriegerdenkmals mit der Germania rissen die Burschen es plötzlich zu Boden, hielten es fest, vergewaltigten es und entlofen dann. Mitteilungen zur Ergreifung der Täter sind an den ersten Kriminalbezirk beim Postamt Tiergarten zu richten.

Schwarz-Rot-Gold mit Tanz. Der Ortsvorstand des republikanischen Jugendbundes Schwarz-Rot-Gold teilt zu dem in der Presse angekündigten Schwarz-Rot-Gold-Abend mit Tanz im Odeontheater der Philharmonie am 17. Februar folgendes mit: Trotz der Identität der Farbensofabel hat der Bund mit diesem Ball nichts zu tun. Er beurteilt es als schärfste, daß in einer Zeit, in der Millionen deutscher Volksgenossen hungern und frieren, Fälle von deutscher Jugend veranstaltet werden. Die Jugend der Republik will einen neuen Staat. Sie lehnt die Mittel der alten Generation mit aller Entschiedenheit ab. Eine Jugendzeitung, die, um sich Geld zu verschaffen,

Bälle mit alkoholischen Getränken veranstaltet, veründigt sich an der deutschen Jugendbewegung, schändet die Farben der deutschen Republik.

Durch das norwegische Hilfskomitee wurden kürzlich über 200 unterernährte Berliner Kinder nach Norwegen gebracht. Sie wurden bei einzelnen Familien untergebracht und sollen bis Ende September dort bleiben. Das Komitee hat ferner 16 Paquetts Lebensmittel und Kleider zur Verteilung an die bedürftigsten Berliner Bevölkerung zur Verfügung gestellt. In über 20 Schulen wurde eine Schulkleidung (durch Verabreichung von Kalas und Brötchen) eingerichtet, an der gegenwärtig etwa 15 000 Kinder teilnehmen.

Wenn man zu früh badet. Als eine Familie B. um Mitternacht nach ihrer Wohnung im Hause Waisenstraße 18 in Charlottenburg zurückkehrte, fand sie ihre 25 Jahre alte Hausangestellte Charlotte K. in der mit Wasser angefüllten Badewanne liegend tot auf. Das Mädchen hatte die Abwesenheit der Herrschaft bemerkt, um zu baden, und wahrscheinlich infolge zu heißen Wassers einen Herzschlag erlitten.

Das 3. Wohlhabendstagesfest des Ehrenpioniersvereins der Schutzbesitzer hat den Berliner Pionierschülern den Feiertag von neuem 2000 Goldmark gebracht. Das Gedeihen wird daher unter Leitung seines Vorsitzenden Hermann Schmalzsch am 15. d. M., abds. 7 1/2 Uhr, im Rittersaal sein 4. Wohlhabendstagesfest in diesem Winter annehmen der Berliner Pionierschüler veranstalten. Ammerländer Reichler hat sich als Solist zur Verfügung gestellt. Karten bei H. Wertheim und Vole & Co.

Der Hörsaal der Deutschen Hochschule für Politik veranstaltet am Freitag, den 15. Februar, abds. 8 Uhr, in der Allen Ranafabrik, Schinkelplatz 6, einen informativsten Vortrag über „Die politische und wirtschaftliche Bedeutung des Zionismus“. Als Vortragender wurde der London von einem längeren Aufenthalt in Palästina zurückgekehrte deutsche Zionistenführer Kurt Blumenfeld-Berlin gewonnen.

Vorlesend der Stadtbücherei Charlottenburg. Heute abds. 8 Uhr hielt Heinrich Bollmann Seidel im Lesesaal Wilmersdorfer Straße 18/19 seinen Vortrag über „Eintrittskarten in der Charlottenburger Stadtbücherei und ihren Freizeitzwecken zum Preise von 20 Pf.“

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Sonntag, den 17. Februar, vormittags 11 Uhr: Proletarische Feiertage im Großen Schauspielhaus, An-Str. 1. „Weltenwende“, ein Chorwerk von Franz Rothenselzer. Karten für 50 Goldmark im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3. — Heute 8 Uhr in Altem Reichert, Hakenstraße, bringt die Schaubühne in reiflicher Fassung eine Aufführung des Kulturromans „Die Schiffbrüchigen“. Karten zu ermäßigten Preisen (40, 60, 80 und 120 Goldmark) sind zu haben im Bezirksbildungsausschuß, Lindenstr. 3.

Berliner Varietés.

Das Mathia-Theater bietet wieder ein gutes Variété-Programm. Die musikalischen Leistungen der Abones am Samstagabend Mathias. Die Todeskammer in den Wäldern, überaus geläufig zu hören, lauten es ein. Die Jambenden Schönheiten, von Ernst Lehmann, die durch ein großes Zusammenwirken aus. Die Kabinettmusik von Heiter Dies verdient auch hier alle Anerkennung, trotzdem sie „indianisch“ ist. Die heitere Musik auf dem lebenden roten Pferd, präsentiert sich in amüsanten Zeichnungen, die jedoch kaum minder schön als im Bühnenbild, wenn die ebenfalls unentbehrliche wie — gelinde gesagt — ruffällige Musik der Körper unterhalten würde. Der Dramatiker der drei Heller & Co. trotz allem auf diesem Gebiete schon Geübten sehr gut und lebendig. Der Eindruck der Sicherheit würde ohne die Sicherheit und kaum recht vorbildliche Zeichnungen nur geübt. Schliesslich lesen noch die vier Romane in ihren römischen Gladiatorenspielen vor.

Im Wintergarten fehlt es nicht an Abwechslung, obwohl wenig Neues gebracht werden kann. Die drei Appalachen als Gaußbeuten auf dem Pöbelstisch eröffnen die musikalische und erfrischende Leistungen. Am dem Kriegerbühnen Akt von Eise und Edith Kithoff (dabei ein Kind sehr früh in die Variétékunst eingeweiht zu sein. Leider weiß man die kleine recht niedliche Künste auf. Aber soll nicht sein, aber doch um Entschuldig zu vermeiden eine komische Note erhalten. Das führt zu Tris, die, wie in der Kabinettmusik-Kammer, sich hart an der Grenze des Roden bewegen oder zu Abgemachtwerden. Der Dramatiker der Kabinettmusik hat die Kabinettmusik nicht. Das Müller-Shadow-Quartett „Im Röhler-Keller“ bringt mit dem Rimmuntheater Vortrag aller Tris- und Kabinettmusik mit Bewirtung unterstützt eine besondere Note in das Programm. Über den Kabinettspieler der Claudia Alia verdienen noch Satons folgende Äußerung lebende Erwähnung.

Scala. Am Mittelpunkt des Februarprogramms steht das Goldspiel des Ballets von Claudia Alia, eine höchst interessante Angelegenheit, da hier erstes Spiel von ungewohnter künstlerischer Empfinden getragen wird. Maria und Schuber nicht gelang. Höhepunkt darin, eine heilige Szene unter dem Titel „Gedächtnis“, worin lebendig die Sprache der Arme und Hände bei unbewegter Stirne einer geschlossenen Gruppe von Tänzerinnen zu eindringlicher Beredsamkeit entwickelt wird. Aus dem artistischen Teil seien erwähnt: Die Kabinettmusikler Pianis, der ausgelegte Angeln: Ernst Carlz, die Zuhörer viele der Kabinettmusik auf dem Drahtzieher, der Lust der vier Conelli — und Bergs bildlicher Fäden-Dressurakt. Auch das Kabinettspiel des Vorlaufes bekommt man durch den guten Kaufprecher Dr. Gauderich zu hören.

Gemäldeverkauf auf Schloss Wrensburg. Ein großer Schloß-eindruck beschäftigt wieder die bisfuge Kriminalpolizei. Nach unbekanntem Verbrechen wurden das Schloß Wrensburg des Fürsten von Schaumburg Lippe bei Bad Eilsen heim und haben unter anderem dreizehn wertvolle Gemälde, die sie in der Galerie sachkundig ausstuden. Für die Wiederbeschaffung hat die fürstliche Verwaltung eine Belohnung bis zu 5000 Goldmark unter Ausschluss des Rechtsweges ausgesetzt. Mitteilungen zur Aufführung, insbesondere über das Aufsuchen der Gemälde, an Kriminalkommissar Trettin in Zimmer 103 des Polizeipräsidiums.

BORG ZIGARETTEN
FÜR QUALITÄTSRAUCHER

Koch & Seeland
im Zeichen des Preisabbaus!

Sportanzugstoffe 6.—
Homespun „Reinwolle“ Mr.

Damenstoffe 1.40 breit 3.—
Donegal Tweel . . . Mr.

Sertraudenstr. 20/21 Segn. 1893

Ohne Fleisch doch kräftige Suppen und schmackhafte Gemüse
zubereiten, ermöglicht auf einfache und sparsame Weise

die altbewährte **MAGGI** Würze.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 - 1)

Durchschnitt November	657 000 000 000
Dezember	1 247 000 000 000
Januar	1 100 000 000 000
3. Dezember	1 515 000 000 000
10. "	1 269 000 000 000
17. "	1 163 000 000 000
22. "	1 150 000 000 000
29. "	1 147 000 000 000
7. Januar	1 139 000 000 000
14. "	1 110 000 000 000
21. "	1 080 000 000 000
28. "	1 060 000 000 000
4. Februar	1 040 000 000 000
11. "	1 030 000 000 000

Abnahme gegenüber der Vorwoche 1 Proz.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 11. Februar, auf das 1,03 billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,04 Billionen) ist demnach eine Abnahme von 1,0 Proz. zu verzeichnen.

Millionenunterschlagungen bei der Girozentrale.

Raum hat sich die Börse von dem Schreck etwas erholt, der durch die Nachprüfung einzelner Devisengeschäfte, wie sie die Reichsbank vorgenommen hat, ihr in die Glieder gefahren ist. Leicht es schon wieder. Bei der Deutschen Girozentrale sind Fälschungen und Schwindeln entdeckt worden, die sich auf etwa 1 1/2 bis 2 Millionen Geldmark belaufen sollen.

Die Deutsche Girozentrale teilt uns dazu mit:

Die Deutsche Girozentrale und die Deutsche Kommunalbank ist das Opfer eines raffinierten Scheckschwindels geworden. Ein ungetreuer Angestellter dieser Bank, Hinz, hat einem mit ihm in sträflichem Einvernehmen handelnden Kunden (Julius Hölling) dadurch Kredit verschafft, daß er ihm seine auf die Deutsche Girozentrale gegen einen verdorbenen Scheck mit einem Vermerk verfaßt, durch den sich die Deutsche Girozentrale verpflichtet, die betreffenden Schecks bei Vorkommen einzulösen. Obgleich ein solcher Scheckauswechsell nach gesetzlichen Bestimmungen nur von der Reichsbank ausgestellt werden darf, hat sich vielfach der Brauch herausgestellt, auch auf Privatbanken bezogene Schecks so zu verfaßeln. Bei der Deutschen Girozentrale war dieses Verfahren aber ausdrücklich untersagt.

Der erwähnte Kunde der Deutschen Girozentrale hat nun die Schecks nicht als Zahlungsmittel verwendet, sondern sie einer anderen Bank als Unterlage für ein auf längere Zeit aufgenommenes Lombard-Darlehen hinterlegt. Er hat den hinterlegten Scheck täglich durch einen neuen Scheck gleicher Art ausgetauscht, bis durch eine Rückfrage bei der Deutschen Girozentrale festgestellt wurde, daß dort die Ausstellung von Scheckbestätigungen verboten sei. Als infolge dieser Rückfrage die weitere Ausstellung solcher Schecks unmöglich war, wickelte sich eine ausführliche Untersuchung zur Gegenrechnung, hat derselbe Unausgestellte, der auch über das Konto bei der Reichsbank und beim Kassenschein verfaßungsberechtigt war, Schecks auf diese Banken ausgestellt und sie dem Kunden zur Abdeckung seiner Verpflichtungen ohne entsprechende Buchungen in den Büchern der Deutschen Girozentrale ausgehändigt. Weil er als außerordentlich vertrauenswürdig galt, hat der Angestellte ohne weiteres die Unterfertigung eines anderen Bevollmächtigten, sowohl für die Scheckbestätigungen wie auch für die Reichsbankschecks, erhalten. Innehalb weniger Stunden kamen die über große Beträge laufenden Schecks bei der Reichsbank und beim Kassenschein vor. Da sie von glaubwürdigen dritten Banken präsentiert waren, konnten sie nicht widerrufen werden, obgleich durch die Revisionen ihre unrichtige Ausstellung bereits entdeckt war. Die Gesamtsumme übersteigt die Deckung des Kunden nicht unerheblich. Für einen wesentlichen Teil des Schadens bleibt die Deutsche Girozentrale dennoch durch Verschuldung anderweitig ruhender Werte gebüht. Auch ist der Schaden schrittweise nicht so groß, daß er den Standard des genannten Instituts irgendwie beeinträchtigen könnte.

Uns klingt die Mitteilung der Girozentrale etwas, sagen wir antimilitärisch. Aber das wird sich noch klären. Wichtig ist bei diesem neuen Skandal, daß er ein Einzelfall ist. Wer den inneren Betrieb der Banken während der jüngst vergangenen Jahre etwas genauer kennen zu lernen Gelegenheit hatte, wird mit uns der Meinung sein, es ist verwunderlich, daß nicht mehr Betrügereien vorgekommen sind. Der Laie macht sich keine Vorstellung von der Raffinesse und Schlamperei, wie sie im Bankbetrieb üblich geworden ist. Hätten die Bankherren nicht so staunenswert anständige Angestellte, dann wären sie schon des öfteren sehr deutlich darauf gestoßen worden, der Organisation ihres Betriebes etwas vermehrte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Der Umfang der Reichsbankkredite.

Der jüngste Ausweis der Reichsbank (vom 31. Januar) zeigt, in welchem Umfang die Kredite an die Privatwirtschaft rasch zunehmen. Ihre Gefahr erörterten wir schon: Da die durch die Rentenmarktkredite in die Wirtschaft fließenden Rentenbankmittel keinen internationalen Zirkulationswert haben, wandeln sie sich in Devisen um. Damit wächst dauernd die Nachfrage nach Devisen, und die Störung der Devisenstabilisation, unterstützt durch die Spekulation, rückt in den Bereich der Möglichkeit. Mit der Schaffung einer Goldnote mit internationalem Kurs kann jene Gefahr vermindert werden.

Die Kredite der Reichsbank umfassen am 31. Januar: Wechselkonto (Papiermark — wertbeständig) 385 Goldmillionen, Lombard (ebenso) 139 Goldmillionen, Rentenmarkwechsel und Schecks 367 Millionen, Rentenmarklombard 198 Millionen Mark. Das sind rund 1100 Millionen Mark Kredite, von denen etwa 130 Millionen in der letzten Januarwoche begeben wurden.

Die Reichsbank hat bei der Rentenbank ein weiteres Darlehen von 100 Millionen Rentenmark aufgenommen, das Gesamtdarlehen beträgt jetzt 200 Millionen Rentenmark.

Der Banknotenumsatz (Papiermark) ist wieder etwas gestiegen, er beträgt jetzt 484 Trillionen Mark (484 Goldmillionen).

Aus Versehen Devisen geschoben.

Die „Königliche Zeitung“ veröffentlicht folgende ihr vom Bankhaus Leopold Seligmann in Köln zugegangene Erklärung: Bei dem gemeldeten Vorkommnis handelt es sich lediglich darum, daß ein Devisenbeamter der Filialfirma in Koblenz in Abwesenheit des verantwortlichen Leiters eigenmächtig gegen die ausdrückliche Weisung die telegraphisch an die Berliner Börse zu gebenden Devisenordern erhöhte, für die nicht die von der Reichsbank vorgeschriebene Bandbedingung vorlag. Ein Verstoß gegen die Devisenordnung liegt hier nicht vor, ebensowenig eine Inanspruchnahme des Rentenmarkkredit. Gegen den betreffenden Beamten wird von der Firma selbst vorgegangen.

Nach unserer Information war es nicht einmal ein untergeordneter Angestellter, der besonders hohe Devisenbeträge anmeldete, sondern nur die Schreiberin, die, ohne daß es irgend jemand merkte, täglich mit Berlin telephonierte.

Durch M.T.B. wird die folgende Nachricht verbreitet: Die gegen die Firma J. Dreyfus u. Co. und zwei andere Berliner Firmen verhängte Devisenperre ist wieder aufgehoben worden, da die Untersuchung ergeben hat, daß es sich bei diesen Firmen nur um geringere Verstöße gegen die Forderung der Reichsbank auf Vorbedingung der Devisenaufträge handelt.

Wenn die Reichsbank sich so rasch auf die üblichen Untersuchungen und Strafverfolgung zurückgeht werden die Devisenmänner ihr bald wieder auf der Nase herumtanzen.

Am Mittwoch ordnet die Reichsbank Maßnahmen gegen eine Reihe weiterer Bankgeschäfte an, u. a. gegen die Korbacher Firma Seit L. Homburger, gegen das Berliner Bankhaus David Homburger, die Firmen Kriebitz und Weisberg, Kewinländer, und Dreyfus u. Co., Berlin. Die Untersuchungen gegen weitere Devisenbanken sind zur Stunde noch nicht abgeschlossen. Es ist aber anzunehmen, daß noch weitere Firmen überführt werden, da sich ohne Zweifel an dem Kesseltreiben gegen den deutschen Wechselkurs viele Kreise der Bankwelt beteiligt haben.

Hoffentlich geht die Reichsbank weiter scharf vor, und schaut sich auch mal in den Devisenabteilungen der größeren Bankfirmen etwas um.

Blinde Kleider — in Holland.

Eine bekannte holländische Konfektionsfirma veröffentlicht in den Zeitungen ihres Landes eines der üblichen Inverate, die einen Räumungsverkauf ankündigen. Jeder Deutsche, für den eine Reise nach Holland unerlässlich ist, muß bei der Bekleidung der Anwohner von Stücken und Reid erfüllt werden. Es werden angeboten:

Moderne Wintermäntel	von 2,75 Gulden ab
elegante Wintermäntel und Pelons	8,75
moderne Wollkleider, Erbsen	1,75
Samtkleider, La Manchester Cord	4,50
Famerröcke	0,90
Plusen	0,25

(Ein holländischer Gulden ist gleich 1,00 Goldmark.) Nach der Zeitschrift „Deutsche Konfektion“ wurden von Enroschändlern aus der Provinz der Berliner Febrilisten und Großhändler, gefaßt: Räumverkauf von 1,75 R. anfangend, blinnde Damenmäntel von 6 R. an, Räumverkauf von 2 R. an. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß diese Preise erheblich billiger sind als die für reinesse Ware. Die Preise sind an sich schon, wie man auf den ersten Blick sieht, erheblich höher als die holländischen. Es sind aber außerdem erst die Einkaufspreise der Enroschändler, die holländischen sind dagegen Verkaufspreise. Wenn man zu einem richtigen Vergleich kommen will, muß man die Berliner Preise mindestens noch verdoppeln.

Die Lebensreise der deutschen Bevölkerungsmittel sind darauf zurückzuführen, daß die Textilindustrie auf die hohen Gewinnquoten, die in der Zeit des Vorkrieges durch des Wertverminderungsrisiko noch einvernehmen zu erklären waren, und jetzt nicht verzichten will, obwohl die Währungs stabil und damit das Risiko gesunken ist. Wichtiger als die Verhebung der Kaufkraft erweist sich die Kurzerhaltung der Lebensgewinne. Der Beschränkung der Preise zieht sie die Einkommen der Betriebe vor: Dann kann die Gewinnquote erhalten der Kapitalaufwand vermindert und schließlich ein Druck auf die Löhne ausgeübt werden. Das ist die Preispolitik der deutschen Industrie.

Lebenspreise.

Die Stabilisierung der Mark hat die von diesen erhoffte und im Interesse einer dauernden Stetigkeit unserer Währung bringende notwendige Herabsetzung der Preise nur zum Teil gebracht. Obwohl die Löhne und Gehälter nur einen Teil ihrer Friedenshöhe ausmachen, halten sich die Preise, besonders für Industrieerzeugnisse, auf einem weit über den Friedensstand hinausgehenden Niveau.

Durchschnittspreise im Verkehr des Berliner Lebensmittelgroßhandels mit dem Einzelhandel vom Mittwoch, 13. Februar.

Die Preise verstehen sich in Goldmark für je 50 kg frei Haus Berlin.			
Gerstengrauen, lose	15,75—16,75	Rohkaffee Brasil	170,00—200,00
Gerstengraue, lose	15,75—16,25	Rohkaffee Zentralam.	200,00—200,00
Haverlocken, lose	14,50—15,2	Rohkaffee Arabica	220,00—270,00
Malergraue, lose	15,50—16,50	Matzkaffee gepackt	25,00—25,50
Ro gemahlte Art	13,0—14,00	Rohzucker, lose	18,00—16,00
Wels, großes	17,75—18,50	Kakao fettarm	100,00—120,00
Hartweizen	21,00—23,50	Kakao, leicht entölt	13,00—150,00
7% Weizenmehl	15,00—16,00	Tea, gepackt	500,00—800,0
Weizen-Auszugmehl	17,25—0,50	Inlandszucker basis mei.	38,0—39,0
Speisebaben, Viktoria	17,5—22,5	Inlandszucker Raffinade	41,00—43,0
Speisebaben, kleine	15,00—17,00	Zucker Würfel	46,00—47,00
Bohnen, weiße, Part	20,00—23,00	Kunsthonig	40,0—45,0
Linsbohnen hanoveries	3,0—31,00	Marmelade Einf. Erd.	105,0—111,50
Linsen, kleine	26,00—33,00	Marmelade Vierfrucht	35,00—35,00
Linsen, mittel	30,00—40,00	Stemsalz, lose	3,75—4,00
Linsen, große	4,15—45,00	Sinnesalz, lose	4,50—5,20
Kartoffel mehl	16,5—17,0	Branssch- als in Tierces	72,00—74,00
Makkaroni, lose	36,00—37,5	Purelard in Tierces	70,00—73,00
Schnittmehl n. lose	21,00—24,00	Speisetaig in Packung	40,00—52,00
Burma I ungeladert	17,00—18,50	Speisetaig in Kisten	47,00—49,00
Slam Patna I glasiert	24,50—27,00	Margarine, Handelsm. I	56,0
Grober Bruchreis	16,50—17,50	desgl. II	45,00—52,00
Rindfleisch, amerik. extra	115,00—125,00	Margarine, Spezialm. I	70,00
choice	43,00—48,00	desgl. II	17,00—19,00
Gestr Pflaumen	80,00—90,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K.	35,00—36,00
Korinthen in Kist. choice	85,00—100,00	Speck, gesalzen, fest	60,00—64,00
Sultaninen in Kisten	130,00—150,00	Quadratkäse	50,0—60,0
Mandeln, bittere Bari	140,00—150,00	Quarkkäse	50,00—70,00
Mandeln, süße Avola	145,00—160,00	Illster Käse, vollfett	115,00—125,00
Kassia Vera	110,00—120,00	Trister Käse, halbfett	65,00—75,00
Kümmel, holländischer	145,00—150,0	Aust. ungezuck. Condens-	
Schwarzer Pfeffer Jangap.	90,00—100,00	milch 48/16	25,00—26,00
Weißer Pfeffer	130,00—141,00	Indischke desgl. 48/12	19,0—21,00
Rohkaffee Zentralamerika	240,00—300,00	Int. ges. Condensm. 48/14	29,00—31,0

Heutige Umrechnungszahl 1000 Millilargen

Die Forderung nach Herabsetzung der Preise wird durch ein kleines Büchlein unterstützt: „Die Friedenspreise“. Zusammengefaßt in Verbindung mit dem Reichswirtschaftsministerium. (Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin S.B. 48, Besselstr. 21.)

In den Vorbemerkungen heißt es: „Daß die Preise, mit denen Deutschland in die Epoche der Goldmarkrechnung und der inländischen werbeständigen Zahlungsmittel eintrat, auf-ebelt und ungesund waren, kann nicht bestritten werden. Die Einführung der Wertbeständigkeit im inländischen Verkehr und die Wiederherstellung des Gleichgewichts der Bewertung der Mark im Inland und Ausland machen es möglich, hier Wandel zu schaffen.“

Die Preise sind in dem handlichen Heft im Taschenformat angegeben für drei Hauptkategorien: Kleinhandelspreise, Großhandelspreise und Erzeugerpreise mit entsprechenden Unterabteilungen: Lebens- und Genussmittel und Bedarfsgegenstände bei der ersten Kategorie, Lebens- und Genussmittel und Industrieerzeugnisse und Waren daraus bei den beiden anderen Kategorien.

Die Vorbemerkungen enthalten kurz und klar gehaltene Richtlinien, die zu einer richtigen Vergleichen der Vorkriegspreise mit den jetzt geltenden anleiten sollen. Einem wirksamen Vergleich dient die Einteilung in Kleinhandels-, Großhandels- und Erzeugerpreise. Durch Vergleich der Spannungen, die zwischen Erzeuger-, Großhandels- und Kleinhandelspreisen bestehen, kann man feststellen, ob die jetzt bestehenden Spannungen denen der Vorkriegszeit entsprechen, ob sie sich in möglichen Grenzen halten oder ob zu hohe Aufschläge berechnet werden.

Dem Bereich dienen ferner Darstellungen der Preisbewegung der wichtigsten Auslandswaren ab November 1923 im Vergleich zu 1913, ausgeführt in Kurven, der Weltmarktleitung der wichtigsten Waren von 1923 gegenüber 1913, ausgedrückt in Prozentzahlen, und schließlich eine Darstellung des Anteils des Wertes der ausländischen Rohstoffe am Werte inländischer Erzeugnisse.

Das Büchlein ist allen Arbeitnehmern, besonders Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, zu empfehlen. Hoffentlich werden in einer neuen Auflage noch Mitteilungen über die Feststellung der angemessenen Friedenspreise gemacht. Unsere Unternehmer sind bei ihnen vorgelegtem Jahrbuch meist recht kritisch, ihnen kann dann noch besser gedient werden.

Bestimm-Erfindungen. Werbelin gliedert seinem Betriebe als neuen Geschäftszweig den An- und Verkauf neuer Erfindungen — Patente und Gebrauchsmuster — für eigene und fremde Rechnung ein. Im Zusammenhange hiermit wird eine ständige Ausstellung von Modellen verkäuflicher Erfindungen in dem Hauptstraßen 14 eröffnet werden.

Eine anständige Stadtparkasse. Wie der Hypothekensäubiger-Schutzverband für das Deutsche Reich mitteilt, hat die Woldenburgische Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen, die Stadtparkspareilose bei der Stadtparksparkasse freiwillig aufzunehmen, und zwar entsprechend der Gesamtverteilung, die in dem betreffenden Jahre stattgefunden hat. Der Magistrat hat in seiner Berührung ausgeführt, daß er glaubt, einer Ehrenpflicht der Stadt nachkommen zu müssen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand.

Sitzung des engeren Vorstandes: Sonnabend, den 16. Februar, nachmittags 5 Uhr pünktlich.

Die nächste erweiterte Bezirksvorstandssitzung, die zu den Vorschlägen der Kreise und Abteilungen Stellung nimmt, findet Mittwoch, den 27. Februar, statt. Alle Anträge und Vorschläge müssen bis zum 25. Februar morgens dem Sekretariat eingereicht sein.

- 1. Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Arbeiter Freitag, den 15. Februar, nach 4 Uhr, wichtige Besprechung, Rindfleisch, 58, 1. Etz., Schlangental. Alle Mitglieder müssen erscheinen, besonders auch alle Kreisabläufe über, wo solche noch fehlen, die Kreisvorstände.
- 2. Kreis Wedding, Freitag, den 15. Februar, 7 Uhr, Kreisverordnetenversammlung im Volkshaus, Hauptstr. 64, Vortrag des Gen. Seimann, 24, 2. R. Stellungnahme zum Parteitag und zur Aufstellung der Reichstagskandidaten.
- 3. Kreis Kreuzberg, Freitag, den 15. Februar, Konferenz der Kreisabteilungsabläufe und des Vorstandes der freien Schulgemeinde, ebenfalls 7 Uhr bei Wolf, Gröbner, 24. Wichtigste Tagesordnung, dabei Erklären des Plakats. Jede Abteilungsabteilung muß vertreten sein.
- 4. Kreis Tempelhof-Mariehof, Mariehof und Lichterfelde, Freitag, den 15. Februar, 7 1/2 Uhr im Saalraum am Bahnhof Mariendorf (Barock), Kreisverordnetenversammlung. Alle Kreisverordnete und sonstigen Berechtigten müssen pünktlich erscheinen.

Heute, Donnerstag, den 14. Februar:

- 88. Wkt. Mariendorf, 7 1/2 Uhr in der Schulstraße 101, 101, Mitglieder-versammlung. Thema: „Der bevorstehende Parteitag in Berlin.“ Referent: Genosse Richard Krüll.
- 120. Wkt. Kreuzberg, 7 1/2 Uhr in der Wilmersdorfer Straße 29, Mitglieder-versammlung. Tagesordnung: 1. „Anfrage“ Aufgaben in der Partei. 2. Vorschläge zum Parteitag und zu der Reichstagswahl. 3. Friedensbewegung. 4. Bericht über die Tätigkeit der Sozialistischen Arbeitergemeinschaft, am 15. Februar 17. „Der gegenwärtige Stand der sozialistischen Bewegung.“ — 24. Kreis Kottbus. Der heutige Gruppenabend fällt besonders umstände wegen aus.

Morgen, Freitag, den 15. Februar:

- 74. Wkt. Wedding, 7 1/2 Uhr bei Schmorl, Potsdamer Str. 3, Vortrag des Genossen Wollf Kessler: „Internationalismus und Partei.“
- 85. Wkt. Tempelhof, 7 1/2 Uhr in der Wilmersdorfer Straße 29, Mitglieder-versammlung. Tagesordnung: 1. „Anfrage“ Aufgaben in der Partei. 2. Vorschläge zum Parteitag und zu der Reichstagswahl. 3. Friedensbewegung. 4. Bericht über die Tätigkeit der Sozialistischen Arbeitergemeinschaft, am 15. Februar 17. „Der gegenwärtige Stand der sozialistischen Bewegung.“ — 24. Kreis Kottbus. Der heutige Gruppenabend fällt besonders umstände wegen aus.

Nähr Dich mir
Parath!
Eiweiß-Nähr-Kakao: spart Milch und Zucker
Puddings und Soßen — auch ohne Milch vorzüglich

Mofasan
Der gesunde Bohnenkaffee (frisch)

Café Zielka Varieté-Kabarett, Friedrichstraße 60, Ecke Leipziger Straße, nachm. 4 1/2, abends 7 1/2, Uhr: Großes Programm



WELTBEKANNTE
BATSCHARI
QUALITÄTSMARKEN



Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Kurze Besuche Naturkunde. Abt. Reichl. Heute, 14 Uhr, im Kinderzimmer in der Begegnungsstraße...

Bericht des Reichsausschusses für die Reichswehr. 22. Sitzung. Donnerstag, den 14. Februar, abends 7 Uhr...

von Dr. Carl Seel (M. B. N.): „Der Osten des Reiches.“ Eintritt für Mitglieder 30 Pf., für Studierende 10 Pf. Ausprobieren!

Ummanteltes Milch. Bidel, Bittel, Bittel, Bittel...

Walhalla Theater Weinbergsweg 15 Wallattraktionen

TEE. Die Marke Teekanne der Gehaltvolle. also der billigste und zugleich der feinste Tee im Verbrauch

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Todes meines lieben Mannes Franz Krüger...

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Heute, Donnerstag, den 14. Februar, abends 7 Uhr, bei Sachse, Lindowstr. 26...

Vertrauensmänner-Konferenz der Branche der Kesselschmiede. Sonntagabend, den 16. Februar, abends 7 Uhr...

Branchenversammlung der Kesselschmiede und der dazugehörigen Berufe. Die Arbeitsteilen der Branche sind einander eingeladen...

Zierzwirne. Günstigste. Günstigste. Günstigste...

Nährflocken. REZEPT NR. 5. Gemüse-Nährflocken. Gemüse (Spinat, Manjold, Kohl oder...

Erfolg haben Inserate im Vorwärts. Marken-Zigaretten. Saba, Halpaus, Juno, Salem, York, S. C. Wensli, Blaukopf...

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater. Opernhaus. 7 Uhr Hoffmanns Erzählungen...

Deutsch-Theater. Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung...

Kammermusik. Der dumme August. Operette in 3 Akten...

Berliner Theater. DOLLY. Th. Admiralpalast...

Deutsch-Opernhaus. D. Zauberflöte. Sch. Kitzner, Kraus...

Metropol-Variété. Der große Februar-Spielplan...

Neues Theater a. Zoo. LILLY FLOHR in Meine Tochter Otto...

Renaissance-Theater. Die hindischen Verliebten...

Waller-Theater. Mad. Pharaon. Operette in 3 Akten...

Residenz-Theater. Androklos u. der Löwe von Bernh. Shaw...

Trinon-Theater. Die nackte Tänzerin. Lustsp. v. K. Luthar...

Einiges Th. Devisen. Komödie v. L. Schmidt...

Rose-Theater. D. Glücksmädel...

12 VARIÉTÉ-KUNSTKRAFT. Der neue Schlager Die Mail vom Steinhof...

Wien-Berlin Unterhaltungs-Variété. Das große Programm mit Carl Franz u. a. Die bekannteste warme und kalte Küche...

WINTERSPIEL. Variété-Spielplan. Rauchen gestattet.

Th. a. Kottbus. Tor täglich 7 1/2 Uhr u. Sonntag nachmittags 3 Uhr...

Zielka. Friedrichstr. 60 Ecke Leipziger Str. Variété / Kabarett...

Steiner. Melitta Klefer. Wern. Caspari. Leop. Büron...

Central-Theater. Alte Jakobstr. 3. Tägl. 8 Uhr. Die Novität...

Folies Caprice. um den Wedding von Leo Heller...

Komische Oper. Die Welt ohne Schleier...

Metropol-Variété. Behrenstr. 34. 8 Uhr. Der große Februar-Spielplan...

Große Volksoper im Theater des Westens. 7 1/2 Uhr Die Fledermaus...

Neues Operetten-Th. Täglich 7 1/2 Uhr. Die Guido Thielscher verlegte Nacht...

Die Guido Thielscher verlegte Nacht. Edmund L. 3. Akt u. Franz Arnold u. Ernst Bach...

Wiederverkäufer! Decken Sie Ihren Bedarf bei uns! Sie kaufen Zigarren u. Garbáty-Zigaretten bei uns äußerst preiswert.

„HAVERGA“ Handels- u. Vertriebsgesellschaft für Tabakfabrikate m. b. H. Berlin C. 54, Rosenthaler Str. 60

Apollon-Theater. 1 1/2 Uhr Dir. James Klein 7 1/2 Uhr Das weiße Pastor-Schauspiel...

Direkt an Private. 3 Stück Aluminium-Schmortöpfe 1 Stück Aluminium-Wasserkessel...

Möbel. 12 St. Speise-Schlafzimmer u. eben. Solas, Ruhebetten u. Einzelmöbel...

Möbel-Gross. Gr. Frankfurter Str. 141

Neue Welt. Bockbier-Fest in den bayerischen Alpen. 8 Kapellen • Bayerische Madl • Rutschbahn...

Neu eröffnet! Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Verkäufe. Kaffee, bester Mokka, verkauft in weißer Packung...

Bekleidungsstücke, Wäsche usw. Bekleidungsstücke, Wäsche usw. Bekleidungsstücke...

Möbel. Schlafzimmern, 12.75. Aufgussmatten, Stralbetten, Gusselgarnituren...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

KLEINE ANZEIGEN. Anzeigen, welche für die nächste Woche bestimmt sind...

Verkäufe. Kaffee, bester Mokka, verkauft in weißer Packung...

Bekleidungsstücke, Wäsche usw. Bekleidungsstücke, Wäsche usw. Bekleidungsstücke...

Möbel. Schlafzimmern, 12.75. Aufgussmatten, Stralbetten, Gusselgarnituren...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Möbel-Speicher. 135 Große Frankfurter Strasse 135 Ruhebetten 18, eich. Herrenzimmer 350 mod. Küchen 70, eich. Schlafzimmer 400...

Unterricht. Technische Privatschule Dr. Werner. Rechenlehre, Buchführung, etc.

Verschiedenes. Goldene Hochzeit feiern 15. Februar. Hermann Reichel, 28. 1900...

Gelehrten. Mikardes, Weinrückenschlung, Wibel, Scherbel, Milten, Reichelstr. 1 (Rollenborfplatz).

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Erhalten, von... Richter, Richter...

Musikinstrumente. Musikinstrumente. Musikinstrumente...

Fahrräder. Fahrräder. Fahrräder...

Kaufgesuche. Kaufgesuche. Kaufgesuche...

Diamantziehs ein-Poliererin. Diamantziehs ein-Poliererin. Diamantziehs ein-Poliererin...

Tabakmeister. gesucht von einer in Berlin in Gründung befindlichen Zigaretten-Fabrik, die größten Stills aufgezogen und nur beste Qualitäten fabrizieren wird...